

Bezugspreis:
Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt'...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einzelne Rubrikzeile 10 Pfennig...

Kapfen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 19. Januar 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Das Kabinett der Mitte gescheitert. Die 'Volksparteien' gegen Koch. - Die Demokraten halten an Koch fest.

Kurz nach 6 Uhr nahm Reichskanzler Dr. Luther die Besprechungen mit den Parteiführern im Reichstage wieder auf.

Über die Verhandlungen erzählt das Nachrichtenbureau des JbV, daß gleich zu Beginn der Sitzung der Abg. Leicht die Erklärung der Bayerischen Volkspartei verlas...

Die Verhandlungen wurden nach zweistündiger Dauer abgebrochen. Eine Einigung über die strittigen Fragen der Zusammensetzung des Kabinetts konnte noch nicht erzielt werden.

Nach der Besprechung beim Reichskanzler traten die Zentrumsfraktion und die demokratische Fraktion des Reichstags zusammen.

Obwohl von außen her auf die Demokraten der stärkste Druck ausgeübt wurde, damit sie in der Frage der Befehung des Reichsinnenministeriums durch Koch nachgeben...

Gehler bei Luther.

Dr. Gehler begab sich sofort zur Reichskanzlei und erklärte Dr. Luther, daß er im Austrage der Demokraten ihm mitzuteilen habe...

Am 11 1/2 Uhr kehrten die Abgeordneten Erkelenz und Haas in den Reichstag zurück. Die demokratische Fraktion trat sofort zu einer Sitzung zusammen...

Die demokratische Fraktion bleibt fest.

Die Demokraten nahmen das negative Ergebnis dieses frühen Versuches zur Kenntnis und sahen einmütig folgenden Beschluß:

„Die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei ist nicht gewillt, in Folge des Einspruchs der Bayerischen Volkspartei auf ihre Wünsche für die Befehung des Innenministeriums zu verzichten.“

Der Parlamentarier der Telegraphen-Union fügt hinzu: In demokratischen Kreisen nimmt man an, daß die Bemühungen Luthers um die Bildung eines neutralen Kabinetts der Mitte als gescheitert anzusehen sind.

Das Experiment war nicht kurz, aber lehrreich. Die Regierung der Mitte ist gescheitert, weil die Bayerische und die Deutsche Volkspartei an ihrem Rechtskurs festhalten

und einen so 'prononcierten Demokraten' wie Herrn Koch als Innenminister nicht dulden wollen.

Die Bayerische und die Deutsche Volkspartei hatten aber bis vor kurzem so getan, als ob sie unter Koch als Reichskanzler, womöglich mit einem sozialdemokratischen Innenminister zusammen zu regieren bereit wären.

Die Demokraten haben gefunden, daß die Sozialdemokraten falsch operiert hätten. Wäre das der Fall, so hätten sie das sicherlich nur zu ihrem eigenen Schaden getan.

Im übrigen scheint es uns wenig zweckmäßig, sich jetzt noch lange mit Vorwürfen über Vergangenes aufzuhalten.

Eine Koalition der Mitte, die nach links hin noch etwas Vertrauen fände, hat sich als unmöglich erwiesen.

Man spricht davon, daß Herr Luther nun eine Beamtenregierung bilden werde. Ja, es gibt Leute, die meinen, diese Beamtenregierung sei schon immer sein Ziel gewesen.

Die Beamtenregierung Luther wird nach allem, was vorangegangen ist, mit dem Mißtrauen belastet sein, daß sie nichts anderes sein wird, als ein verschleierte Rechtskabinett.

Gepp und Bürgerd wollen nicht.

Nachdem der zum Ernährungsminister vorgeschlagene Abgeordnete Gepp nicht geglaubt hat, das ihm zugeordnete Portefeuille annehmen zu können...

Der Beschluß der Bayerischen Volkspartei.

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei faßte in ihrer gestrigen Nachmittagsitzung folgenden Beschluß, der sofort dem Reichskanzler Dr. Luther und den Reichstagsfraktionen des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei mitgeteilt wurde:

- 1. Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei erklärt eine Lösung der Kabinettsbildung mit Herrn Koch als Innenminister für untragbar...
2. Angesichts der großen politischen Schwierigkeiten für den Fall einer parteipolitisch-parlamentarischen Befehung des Innenministeriums...
3. Je nach Erledigung dieser beiden Punkte wird die Stellungnahme zu den weiteren Verhandlungen sich gestalten.

Die Bayern wollen Mindestgarantien.

München, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die parteiliche 'Bayerische Volkspartei-Korrespondenz' schreibt: 'Die Bayerische Volkspartei hat Anspruch darauf, daß ihr von den anderen, an sich unitarisch gesinnten Parteien nicht Minister vorgeschlagen werden, die auf Grund ihrer ganzen Vergangenheit als die allerhöchsten Gegner der Erhaltung des bundesstaatlichen Charakters der Reichsverfassung bekannt sind.'

politischen Denkschrift als ein extremer Unitarist der Idee und der Praxis bekanntgemacht. Würde Herr Koch als zukünftiger Reichsinnenminister zu den Methoden stehen, die er in jener Denkschrift für die offene und verschleierte Strangulierung der Länder empfohlen hat...

Wenn sich die Bayerische Volkspartei an einer Regierung beteiligen soll, dann müssen gewisse bindende Mindestgarantien vorhanden sein, daß von Seiten der Reichsregierung auf dem Gebiete der Gesetzesinitiative und der Reichsverfassung nichts geschieht, was den Gegensatz zwischen dem eigenstaatlichen Lebenswillen der Länder und der in der Reichsverfassung fundierten Reichsgewalt noch weiter verschärfen würde.

Unterredung mit Albert Thomas.

Deutschland und das Internationale Arbeitsamt.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Genosse Albert Thomas, ist gestern in Berlin angekommen, um mit den Reichsbehörden über die Ratifizierung der verschiedenen Abkommen zu verhandeln.

Kurz vor seiner Abreise nach Chemnitz sprach ein Mitglied unserer Redaktion mit Genossen Albert Thomas über den Zweck seines Berliner Aufenthaltes.

Auf unsere Frage, wie es mit der Ratifizierung des Abkommens von Washington über den Achtstundentag stehe und weshalb besonders die Zusammenkunft zwischen den Arbeitsministern Englands und Deutschlands in Frankfurt a. M. keine weiteren Folgen gehabt habe...

In der Frage der Ratifizierung des Achtstundentags sei eine Zeitlang ein Stillstand, wenn nicht ein Rückschritt, eingetreten. Dieser Stillstand sei inzwischen überwunden.

Auf unsere Frage, wie es mit der Ratifizierung der Abkommen, die die Nachtarbeit der Kinder und Frauen und der Regelung der Altersgrenze jugendlicher bei gewerblicher Tätigkeit durch Deutschland stehe...

Auf unseren Einwurf, daß man in Deutschland die etwas farg bemessene deutsche Personalvertretung im Internationalen Arbeitsamt kritisiere, erwiderte Albert Thomas, daß er nach dem zu erwartenden Beitritt Deutschlands zum Völkerbund...







## Geschäftshuber u. Co. Jungdo im Rittchen.

Die Meldungen über die Untersuchung gegen den „Hochmeister“ Mahraun und den „Kanzler“ Bornemann vom „Jungdo-Orden“ spizen sich in der Anfündigung einer angeblich unmittelbar bevorstehenden Verhaftung der beiden Ordensmeister zu.

Wie es heißt, wird die Untersuchung geführt, um festzustellen, ob in den Verhandlungen der Jungdo-Hauptlinge mit französischen Politikern etwa Landesverrat zu erblicken sei; hier und da wird sogar „Hochverrat“ angenommen. Wenn das letztere zutreffen sollte, so müßten sich die Verhandlungen gegen den Bestand der Republik gerichtet haben. Da aber die Jungdo-Führer behaupten, sie hätten dem Präsidenten der deutschen Republik von ihren Unterhandlungen Mitteilung gemacht, so scheint „Hochverrat“ doch wohl eine falsche Annahme. Zumal ja auch die „Wäterländischen“ des Bezirks Kassel sich kaum von Mahraun getrennt hätten, wenn er irgendeinen Hochverrat gegen die Republik beabsichtigte.

bleibt also der „Landesverrat“! Noch ist es nicht verboten, daß Deutsche mit irgendwelchen außerdeutschen, auch französischen, Politikern sich unterhalten. Das gilt natürlich auch für die Jungdo-Leute. Obgleich eigentlich nur wirkliche Politiker über politische Fragen mit ausländischen „Staatsmännern“ sprechen sollten, nicht aber die Geschäftshuber, deren es gerade in der „wäterländischen“ Bewegung eine Fülle gibt. Solange man nicht weiß, was die Jungdoisten mit den „französischen Staatsmännern“ besprochen haben, wird man nicht sehen können, wo der Landesverrat liegen soll. Denn juristisch kommt Landesverrat nur in Frage, wenn einer ausländischen Macht Dinge mitgeteilt werden, deren Geheimhaltung im Interesse des Reiches liegt. Welches Geheimnis hatten die Mahraun und Bornemann preisgegeben? Die Existenz des Jungdo ist mählich bekannt, daß seine Führer und Mitglieder sehr unpolitische Politiker sind, ebenso. Also: was war da zu erwarten?

Vielleicht haben sie sich mit den Franzosen über Pläne unterhalten, wie Deutschland mit den Franzosen gegen einen Dritten Krieg führen könnte? Vielleicht — aber man weiß es nicht. Und selbst wenn man das wüßte, so wäre immer noch zu bedenken, daß die Geschäftshuber vom Jungdo wie ihregleichen in den anderen „wäterländischen“ Verbänden zwar das Schwert im Munde zu führen pflegen, aber sonst in Deutschland politisch nur eine höchst untergeordnete Rolle spielen und diese auch bloß in innenpolitischer Hinsicht.

Auf jeden Fall muß man verlangen, daß das Geheimnis der Jungdo-Verhandlungen mit französischen „Staatsmännern“ gelüftet und auch die Mitteilung bekanntgegeben wird, die darüber dem Reichspräsidenten gemacht worden sind.

## Mahraun bei Hindenburg.

Ueber den Fall Mahraun wird heute von informierter Stelle mitgeteilt:

Mahraun wurde am 4. Januar vom Reichspräsidenten empfangen. Er berichtete dem Reichspräsidenten, daß auf Anregung von französischer Seite Besprechungen stattgefunden haben, die eine Besserung des deutsch-französischen Verhältnisses anstreben. Der Reichspräsident habe Herrn Mahraun kurz angehört und ihn hierauf bezüglich der deutsch-französischen Verhandlungen an die zuständigen Stellen (Kanzler und Außenminister) verwiesen. Von irgendeinem Einverständnis des Reichspräsidenten mit den Schritten Mahrauns könne keine Rede sein. Der Empfang an sich, so wird hinzugefügt, sei nichts Ungewöhnliches, da Mahraun als Führer einer weitverzweigten Organisation zu den „führenden politischen Persönlichkeiten“ gerechnet werden müsse!

Das müssen sehr merkwürdige Menschen sein, die den Hochmeister der Hofenmähe zu den „führenden politischen Persönlichkeiten“ rechnen. Der „Hochmeister“ selbst und sein „Kanzler“ erklären übrigens in der neuesten Nummer ihres Ordensblattes, daß sie sich weigern, irgendwelche Namen zu nennen. Die Weigerung ist auch eine Antwort auf die Fragen, die der „Vorwärts“ ihnen gestellt hatte!

## Die „Dredlinie“.

Im „Jungdo-Orden“, dem Organ seines Ordens, veröffentlicht der „Hochmeister“ Ariur Mahraun einen Aufsatz zur Selbstverteidigung, dem er die bezeichnende Überschrift „In der Dredlinie“ gibt. Er macht darin sehr unterhaltsame Mitteilungen über die Art des Kampfes, der von den nationalen Oelmenschen innerhalb der „wäterländischen“ Verbände geführt zu werden pflegt. So schreibt er:

„Wie von unsichtbaren Händen wurden Verleumdungen ausgebreitet, die immer wieder das sichtbare Ziel verfolgten, mein Ansehen in der Öffentlichkeit... zu zerstören. Verächtliche Kundgebungen meiner Gegner, unterschrittlose Schmähstücke, gehässige Dredchriften oder Flugblätter liefen überall herum. Sie wurden von Hand zu Hand weitergereicht; aber unsichtbare Hände sorgten für ihre Verbreitung im ganzen Reiche... Es war eine unbekannte Firma, deren unbewusste Betätigung der Kampf mit Verleumdung und persönlicher Verdächtigung war. Ich brachte diese unbekannte Firma rein gefährlich mit gewissen politischen Gruppen in Verbindung... In der ersten Zeit versuchte man sich die gesellschaftliche Einstellung von Offizieren und Kadern zuzunehmen zu machen. Man verwirklichte mich in Ehrenhändeln, konstruierte Berichte über Dredangelegenheiten und verbreitete in den entsprechenden Kreisen systematisch eine Meinung, welche geeignet war, mein Ansehen herabzusetzen. Die Folge dieser ersten Offensive kamen einer Art Achtung, insbesondere in Offizierskreisen, gleich... Es war klar zu erkennen, daß der Stoß gegen... die Unabhängigkeit der Organisation von den herrschenden Geldmächten ging.“

Auch gegen seinen Mitarbeiter, den „Kanzler“ Otto Bornemann, sei dasselbe Kesseltreiben veranstaltet worden: „Wieder dasselbe Räumen und derselbe Versuch persönlicher Ehrabschneidung.“ Jetzt habe, schreibt Mahraun, der große Unbekannte zum vornehmenden Schläge ausgeholt. Er habe sich diesmal in sein ausgelegter Vorbereitung der Unterstützung nationaler Kreise geschickt, die mit einer großen Geste dem Jungdoischen Orden die Freundschaft aussagen, weil in ihr kein deutschnationaler Mann sei...

Der ehemalige Hauptmann Mahraun, der sich hochtönend „Hochmeister“ des „Jungdo-Ordens“ nennen läßt, steht uns mindestens so fern, wie die Ehrenmänner, die sich lange Zeit um den Kaiser der „Wäterländischen Verbände“ scharten. Aber die Schilderung Mahrauns über den unterirdischen Kampf der „Wäterländischen“ gegen ihn ist zweifellos echt. Denn sie stimmt in fast jedem Punkte mit jener Methode überein, die seinerzeit gegen Bethmann Hollweg angewandt wurde und die in seiner oder

größerer Manier noch heute gegen jeden Politiker angewandt wird, der sich nicht in die Gefolgschaft der „Wäterländischen“ und der über sie „herrschenden Geldmächte“ begeben will.

Im „Jungdo-Orden“ wird die angebliche Aeußerung Hindenburgs über die „Wäterliche“, die er Dr. Luther in die Hand geben wollte, als Druckfehler bezeichnet. Es hat angeblich „Rechte“ heißen sollen. Das scheint uns mehr ein Druckfehler, als ein Druckfehler zu sein.

## Der Verlachter Mordprozess.

Lühow war für „erledigen ohne weiteres“.

Zu Beginn der heutigen Sitzung teilte der Vorsitzende mit, daß er beabsichtige, die Beweisaufnahme heute zu schließen. Dem Gericht wurde eine Reihe Drohbriefe übergeben, die dem Pfarrer Hell in Verlach in den letzten Tagen zugegangen sind. Das Gericht setzt die Vernehmung von früheren Angehörigen des Freikorps Lühow fort. Der frühere Polizeikommissar Otto Schulz in Oppeln, der Bruder des Majors Schulz, sagt aus, daß auf dem Marsch nach München von Unruhen in Verlach erzählt worden sei, worauf seine Abteilung mit der Umzingelung des Ortes beauftragt worden sei. Die Truppe habe verschiedene Verluste gehabt und am 4. Mai in München den Befehl erhalten, nach Verlach eine Expedition fertig zu machen. Sein Bruder habe ihm dabei gesagt, daß der Leutnant Pölzing die Leitung in Verlach übertragen erhalten habe. Die Erschießung der Gefangenen im Hofbräuhaus konnte nur im Auftrage Pölzings geschehen sein. Auf die Kunde von der Erschießung sei sein Bruder, Major Schulz, auf ihn zugefürt mit dem Rufe: Pölzing hat die Leute erschossen!

Im weiteren Verlauf der Verhandlung äußerte Major Hans von Lühow, der Führer des Freikorps v. Lühow, sich über die Befehle Rostkes in Berlin und Braunschweig, die auch für München Geltung gehabt hätten. Er gibt an, daß zum Schließerschlag Rostkes von der Schützendivision ein Zusatzbefehl erlassen wurde, daß es sich für die Regierungstruppen darum handelte, sich unter allen Umständen durchzusetzen, und daß jeder Führer persönlich dafür verantwortlich war,

daß jeder, der den Regierungstruppen entgegentritt oder entgegengetreten ist, an die Wand geht.

Es bestand ein Standrecht, wonach der betreffende Führer die Leute ohne weiteres erledigen konnte und mußte. So waren die Befehle, die für Berlin bestanden. Ein Befehl, der nur gesagt hätte, mer gerade mit der Waffe in der Hand getroffen werde, müsse erschossen werden, hätte der Truppe geholfen. Gerade um die Sache im Reime zu erledigen, mußte von oben herab mit schärfsten Mitteln vorgegangen werden. Ein Zustand konnte nur mit den brutalsten Mitteln niedergeschlagen werden, denn die Aufständischen waren Verbrecher. Beim Einzuge in Verlach wurde uns, so viel ich mich erinnere, bei Pfarrer Hell der Geißelord befohlen. Diese Tat hat mit dazu beigetragen, eine andere Meinung in unseren Truppen auskommen zu lassen. Ich habe meinen Offizieren nochmals eingehämmert, daß wir in schwerster Kampfzeit stehen, und daß jedes Schwanken oder Versäumen den Führer schwerer belassen werde als ein Fehlgang, und daß deshalb gegen derartige verbrecherische Volksgenossen rücksichtslos vorgegangen werden müsse. Am dem fraglichen Sonntag wurde ich in München angerufen, daß die Sache in Verlach sehr gefährlich sei, und daß Drohungen ausgeföhren würden gegen diejenigen, bei denen unsere Truppen einquartiert waren. Der Hilferuf hat mir verzweifelte Eindrücke gemacht, obwohl es mir unangenehm war, Leute abstellen zu müssen, da wir noch immer in München aus Häusern und Kirchen beschossen wurden. Ich entschloß mich endlich, eine Abteilung dorthin zu entsenden, um den Zustand, der hinter meinem Rücken anscheinend wieder aufzulodern begann, im Reime zu erledigen. Leutnant Pölzing wurde deswegen von mir eingeseht, weil ich ihn als einen vorzüglichen Offizier von den Berliner Kämpfen kannte, der stets seine Aufträge prompt und sicher erfüllte.

Später wird der Zeuge nochmals vorgekommen, um über die Kämpfe und deren Folgen auszusagen. Er erklärt hierbei noch, daß Prüfert den Befehl zum Erschießen ausführen mußte, da er von einem Vorgesetzten vorlag.

Oberleutnant Hans Joachim v. Lühow, Adjutant der ersten Abteilung des Freikorps, gibt an, daß er im Quartier im Hofbräuhaus nur beim Befehl zum Abmarsch erfährt, daß 12 Rotgardisten erschossen worden seien. Später kann es möglich gewesen sein, daß er eine Unterhaltung mit Pölzing hatte. Der Zeuge kann seine früheren Aussagen, daß ihm Pölzing selbst angegeben habe, die Erschießung auf eigene Faust vorgenommen zu haben, nicht mehr aufrecht erhalten. Der Zeuge kann sich an verschiedene Begebenheiten heute überhaupt nicht mehr erinnern.

Auf Befragen durch den Vorsitzenden betr. der Aeußerung gegenüber dem Zeugen erklärt

Angell, Pölzing, es sei möglich, daß er diese Aeußerung getan habe, aber nicht mit dem Zusatz „auf eigene Faust“.

Hiermit ist die Zwischenvernehmung beendet. Nach längerer Auseinandersetzung zwischen Verteidigung und Gericht wegen der Zeugenentlastung wird die Verhandlung auf Dienstag vorm. 10 Uhr vertagt, wobei die zwei Sachverständigen v. Oven und Unruh das Wort ergreifen werden.

## Eröffnung der pädagogischen Akademien.

Die Aufnahmebedingungen.

Wie der Amtliche preussische Pressedienst aus dem preussischen Kultusministerium erfährt, wird beabsichtigt, Anfang Mai d. J. drei staatliche pädagogische Akademien zu eröffnen, und zwar eine in Bonn zur Ausbildung katholischer Volksschullehrer, eine in Elbing zur Ausbildung evangelischer Volksschullehrer und eine in Kiel zur Ausbildung evangelischer Volksschullehrer und -Lehrerinnen.

Der Bildungsgang ist zweijährig. Studiengebühren werden nicht erhoben. Unter gewissen Voraussetzungen können Stipendien gewährt werden. Internate sind mit den Akademien nicht verbunden. Aufnahmeversuche sind bis spätestens 1. April d. J. an den Minister einzureichen. Schüler und Schülerinnen höherer Lehranstalten haben ihre Reduktionen durch den Anstaltsleiter auf dem Dienstwege vorzulegen; sonstige Aufnahmeversuche sind unmittelbar an den Minister zu richten. Der Weidung sind beizufügen: ein Lebenslauf, eine beglaubigte Abschrift des Reisezeugnisses einer neunklassigen höheren Lehranstalt oder eine Bescheinigung des Anstaltsleiters über die bestandene Reiseprüfung, ferner ein Gesundheitszeugnis eines zur Führung eines Dienstregels berechtigten Arztes. Im Laufe des Monats April werden die Bewerber, deren Aufnahme in die Akademie in Aussicht genommen ist, zu einer Prüfung ihrer musikalischen Kenntnisse und Fertigkeiten (vom Klavier bis zu einem einfachen Klavier und Violine oder Orgel) am Akademieort einberufen.

## Der Frankensskandal.

Beratungen des Reichsausschusses ohne Sozialisten. Untersuchungsausschuss abgelehnt.

Budapest, 18. Januar. (WZB.) Die vom Präsidenten der Nationalversammlung einberufene parlamentarische Obmannerversammlung hat heute vormittag 11 Uhr ihren Anfang genommen. Es sind sämtliche Parteiführer erschienen mit Ausnahme der Sozialisten und der Radikalen.

Präsident Syclovsky gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß durch das Fernbleiben der Sozialisten und der Radikalen seine pflichtgemäße ausgleichende Tätigkeit zwischen den

einzelnen parlamentarischen Parteien erschwert werde. Ministerpräsident Graf Bethlen erklärte, er wolle die Führer der Parteien über die Lage unterrichten und zur Erörterung der politischen Verantwortlichkeit Gelegenheit geben. In der Sitzung der Nationalversammlung werde er in Beantwortung einer Interpellation über die Frankensfälschungsangelegenheit Aufklärung geben, und von der Kenntnisnahme oder Nichtkenntnisnahme dieser Antwort von Seiten des Hauses werde es abhängen, ob die Untersuchung in dem bisherigen Rahmen weitergeführt werden solle. Er habe sich bisher in die Arbeiten der Polizei und des Gerichts nicht hineingemengt, die vollständig frei und unabhängig sich um die Aufklärung der Angelegenheit bemühen. Solange das Gericht die Untersuchung nicht abgeschlossen habe, wolle er die Angelegenheit nicht bis ins kleinste vor der Nationalversammlung erörtern.

Stephan Friedrich beantragte die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission. Ministerpräsident Bethlen erhob hiergegen Widerspruch. Abgeordneter Gömbös verlas alsdann zwei Resolutionen. In der ersten Entschließung wird das Verhalten der Linksradikalen verurteilt, die die Fälschungsangelegenheit zur Erweiterung ihrer politischen Macht ausnützen wollen; in der zweiten Resolution wird Protest gegen die Behauptung erhoben, daß zwischen Regierung und Rassenführern irgendwelche Pakt bestände. Die Presse der Rassenführer habe allerdings die Regierung gegenüber den demoralisierenden Einflüssen der extremen Klassen in gewisser Hinsicht unterstützt, weil die Regierung den nationalen Gedanken repräsentiere.

## Gorthy und Bethlen vor dem Rücktritt?

Budapest, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der verhaftete Sekretär des Fürsten Windischgrätz wurde vor einigen Tagen in ein anderes Gefängnis übergeführt, nachdem er ein vollständiges Geständnis abgelegt und die politischen Hintergründe der Fälschung aufgedeckt hat. Er wurde deshalb in den bisherigen Gefängnis entlassen; seiner Familie wird gedroht, daß man ihn töten und in die Donau werfen werde. Dieser Bearbeitung ist es auch zuzuschreiben, daß der Sekretär bei seinem letzten Verhör die Angaben, die den Feldbischof Zadavec belasteten, zurückgezogen hat.

Wie in politischen Kreisen verlautet, ist die Stellung des Ministerpräsidenten Bethlen ebenso wie die des Reichsverwehlers Gorthy durch die Untersuchung so schwer erschüttert, daß man schon nach ihren Nachfolgern Ausschau hält. Bethlen hat im Laufe der Untersuchung bereits dreimal seine Demission gegeben, und nur die Angst seiner Partei vor einem Zusammenbruch des Systems hat ihn veranlaßt, seine Demission nicht aufrechtzuerhalten. Im Pressebureau des Ministerpräsidenten wird den Redakteuren der oppositionellen Zeitungen auf Anfrage immer wieder die Versicherung gegeben, daß Gorthy innerhalb der nächsten sechs Monate wieder zurücktreten werde.

## Die ersten Freifassungen.

Budapest, 18. Januar. (WZB.) Der Anklagenrat des Budapester Strafgerichtshofes hat auf die Beschwerde des Staatsanwaltschafters beschlossen, in Befriedigung der Entscheidung des Untersuchungsrichters, den Feldbischof Zadavec auf freiem Fuß zu belassen, da er keiner strafbaren Handlung schuldig ist und Fluchtverdacht nicht vorliegt.

Der gestern abend dem Staatsanwalt vorgeführte Dr. Ferdinandy ist ebenfalls vom Anklagenrat wieder auf freiem Fuß gesetzt worden.

## Russisch-französische Verhandlungen.

Trozkis neuer Vorschlag.

Paris, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Mit der Rückkehr des hiesigen russischen Botschafters Rakowski aus Moskau erwartet man hier die Wiederaufnahme der russisch-französischen Schuldenverhandlungen. Rakowski soll von einer besonderen Kommission begleitet werden und neue Vorschläge zur Regelung der Schuldenfrage überbringen.

In den hiesigen diplomatischen Kreisen legt man in diesem Zusammenhang einem in der „Prozoda“ erschienenen Artikel besondere Bedeutung bei, in dem Trozki für diese Regelung folgende Vorschläge macht:

Die russische Regierung sei zwar nicht in der Lage, die unter dem zaristischen Regime aufgenommenen Staatsschulden anzuerkennen, dagegen sei sie bereit, für die durch die Revolution französischen Staatsbürgern zugefügten Schäden auszukommen, falls die französische Regierung ihrerseits eine Schadenerschaftspflicht für die Verluste, die Russland durch die verschiedenen von Frankreich begünstigten Interventionen erlitten habe, anerkenne und Russland nun zum Wiederaufbau seines Landes eine größere Anleihe zu gewähren bereit sei.

In diesem Falle würde sich die russische Regierung verpflichten, diese Anleihe, die ausschließlich zu Käufen in Frankreich verwendet werden solle, zu 11 Proz. zu verzinsen, von denen 7 Proz. zur Verzinsung und Tilgung des Darlehens, die restlichen 4 Proz. zur Befriedigung der von Russland zu entrichtenden französischen Staatsangehörigen verwendet werden sollen. (1)

## Hugenberg-Fälschungen.

Die „Galtet-den-Dieb“-Nutzer abermals ertappt.

Der amerikanische Senator Mac Garragh, ausländisches Mitglied der Reichsbankleitung, hat kürzlich eine Rede über Deutschland und den Dawes-Plan gehalten, in der er davon sprach, daß er in Deutschland Männer gefunden habe, die zehn- bis vierzehnstündige Arbeitszeit leisteten und Frauen und Kinder, die ihren Männern auf dem Felde halfen. Um zu wissen, daß das deutsche Proletariat vom Unternehmertum schamlos ausgebeutet wird, brauchen unsere Leser dies nicht erst aus den Kesseldrücken von Amerikanern zu erfahren; das fühlen sie tagtäglich am eigenen Leibe und konstatieren überdies, daß selbst die Arbeitsschleier für die Unternehmer kein Grund ist, die Arbeitszeit zu verkürzen, sondern nur ein Vorwand, sie zu verlängern.

Der „Lokal-Anzeiger“ brachte nun einen tendenziösen Bericht über diese Rede Mac Garragh, aus der man herauslesen mußte, daß der Amerikaner mit zynisch-sadistischer Wollust die Verelendung des deutschen Volkes als eine Folge des Dawes-Planes hingestellt hätte. Und weil verschiedene Linksblätter, darunter der „Vorwärts“, über die Mac-Garragh-Rede nicht berichtet haben, schreibt das Organ Hugenberg, dieses Sprachrohr der deutschen Sklavenhalter, von Unterdrückung der Wahrheit.

Inzwischen hat Mac Garragh selbst von dem Bericht des „Lokal-Anzeigers“ erfahren und in einer Erklärung an das „Berliner Tageblatt“ ihn als eine Fälschung bezeichnet. Seine Rede sei ein einziges Lob für Deutschland gewesen und habe allein den Zweck verfolgt, dem deutschen Volke zu helfen.

Die Hugenbergische Fälscherclique ist also mit diesem Versuch, ihre verpuffte Flugblattaktion neu zu beleben, kläglich herein- gefallen.



# Gewerkschaftsbewegung

## Die Sowjetregierung als Bibelfabrikant.

Vom Vorstande des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wird uns geschrieben:

Der Verlagsgesellschaft des ADGB war vor geraumer Zeit von dem auch in Arbeiterkreisen bekannten und angesehenen Verlag Philipp Reclam in Leipzig ein vierseitiger Prospekt zum Versand angeboten worden, in dem außer einer Gesamtausgabe von 1001 Nacht und einer Reihe von Meisterwerken der Weltliteratur auch „das in die Sprache der Gegenwart überfetzte Neue Testament“ — alles Bücher, die in dem Verlag von Reclam erschienen sind — empfohlen wurde. Die Verlagsgesellschaft hat mit Rücksicht auf die erwähnten häufig verlangten Bücher erlaubt, den Prospekt ihren Sendungen beilegen zu können, obwohl auf der letzten Seite auch das Neue Testament angezeigt wurde.

Der Verein der Freidenker hat gegen die Versendung des Prospekts in einem Schreiben an den Bundesvorstand vom 4. Oktober protestiert, weil der Vertrieb solcher Pamphlete als volksgefährliche „Verbreitung religiöser Schriften“ anzusehen sei. Tatsächlich sind von dieser Ausgabe des Neuen Testaments in den zehn Monaten, die seit Uebernahme des Prospektes verstrichen sind, im ganzen 8 Exemplare verkauft worden, und zwar meist an Redaktionen.

Die Verlagsgesellschaft des ADGB war der Ansicht, daß das Neue Testament kein Pamphlet ist und daß mit Rücksicht auf die stets vertretene religiöse Neutralität der Gewerkschaften der Vertrieb auch dieses Quellenwertes der christlichen Religion nicht einfach verweigert werden konnte. Der Bundesvorstand hat dieser Auffassung zugestimmt und erklärt, daß er den Vertrieb nicht inhibieren könne. Dazu bestand, angesichts der geringen Nachfrage übrigens auch keine sachliche Veranlassung.

Der Verein der Freidenker hat dann gesalbt, dieser praktisch bedeutungslosen Angelegenheit mehrere Artikel in seinem Organ widmen zu müssen, in denen irrtümlicherweise der Anschein erweckt wurde, als ob der ADGB eine rege Propaganda für das Neue Testament entfalte. In Anbetracht der großen Zahl von Prospekten, die der Verlag jährlich versendet, entbehrt diese Unterstellung jeglicher Begründung, ganz abgesehen davon, daß der Bundesvorstand von der Versendung des Prospektes erst durch den erwähnten Brief Reminis bekam und mit dem Versand auch nicht das geringste zu tun hatte.

Schon in diesem Falle kann man sagen, daß mit Kanonen nach Epänen geschossen wurde. Die „Rote Fahne“ begnügte sich aber nicht damit. Sie fuhr schwereres Geschütz auf und behauptete in einem Artikel „Der ADGB als Bibelfabrikant“ vom 15. Dezember ebenfalls dreist wie verlogen: „In dem offiziellen Buchverlag des ADGB ist . . . der zweite Teil der Bibel, das Neue Testament, bearbeitet und erklärt von dem „religiösen Sozialisten“ Kurt Soag, in einer Massenausgabe gedruckt und verbreitet worden.“ In dieser Behauptung ist kein wahres Wort. Das Buch ist, wie bereits gesagt, in dem Verlag von Reclam erschienen.

Daß sich die „Rote Fahne“ die Verbreitung dieses Märchens angelegen sein ließ, ist durchaus begründet. Sie hat dann in einer Reihe von Karikaturen mit Sprüchen, die von einer überraschend intimen Kenntnis des Neuen Testaments zeugen, dafür gesorgt, daß der Schwindel bei ihren Lesern nicht in Vergessenheit geriet, getreu ihrem Prinzip: „Doppelt gelogen, hält besser.“

Bedauerlicherweise waren auch Redaktionen der sozialistischen Presse leichtgläubig und kritiklos genug, den Schwindel für bare Münze zu nehmen, obwohl eine Anfrage sie mühelos über den wahren Sachverhalt hätte informieren können. Diese Methode ist nicht gerade ein erhebender Beweis für die Sachlichkeit mancher unserer parteigenösslichen Zeitungen.

Erfaunlich war dem Bundesvorstand die ungewöhnliche Kenntnis des Neuen Testaments, die die Redakteure und Zeichner der „Roten Fahne“ bei diesem Lügenfeldzug verrieten. Woher kam diese bemerkenswerte Befähigung? Ein Bericht der „Wolfschen Zeitung“ aus New York (13. Januar 1926, Margenausgabe) brachte des Rätsels Lösung: „Die die amerikanische Bibelfabrikant mitteilt, hat die Sowjetregierung, die seit den letzten 5 Jahren die Einfuhr von Bibeln bis auf wenige Ausnahmen nach Rußland verboten hatte, jetzt die Genehmigung für den Druck einer erheblichen Anzahl von Bibeln in den Regierungen druckereien in Moskau und Leningrad erteilt.“ (Dieser Befehl steht offensichtlich in Zusammenhang mit anderen „Konzessionen“ an westeuropäische Kapitalisten.) Offenbar hat die Redaktion der „Roten Fahne“ für ihren Stab eine Reihe dieser Bibeln von ihren russischen Brüdern im Herrn bezogen und sich sofort mit solchem Eifer in die Letztüre vertieft, daß sie die entlegensten Sprüche mit theologischer Meisterhaftigkeit zitieren kann.

## Die harmlosen Bankleitungen.

### Um den Schiedspruch im Bankgewerbe.

Der Reichsverband der Bankleitungen bemüht sich gegenwärtig, in der Presse seine in dem Banktarifkonflikt unternommenen Schritte zu verteidigen. Er geht in seinem Eifer, sich zu rechtfertigen, sogar so weit, daß er dem Reichsarbeitsministerium die Befähigung abspricht, die wirtschaftlichen Auswirkungen seiner Maßnahmen zu übersehen und die Tragfähigkeit eines Gewerbes zu beurteilen. Der Reichsverband spricht von allem Möglichen, aber an dem Kernpunkt der Kritik des Allgemeinen Verbandes der Bankangestellten geht er vorbei.

Der Kernpunkt der Angelegenheit ist folgender: Die Vertreter der Banken haben sich im Reichsarbeitsministerium bei den letzten Verhandlungen in Schwelgen gehüllt, während die Banken ihre guten Beziehungen zum Reichswirtschafts- und Reichsfinanzministerium dazu ausnutzten, um dort die Ressortchefs usw. in streng vertraulichen Konsultationen gegen den Schiedspruch mobil zu machen, obwohl dieser Schiedspruch bereits eine Ablehnung der maßvollen Arbeitnehmerforderungen fast bis zu 20 Proz. bedeutete. Wenn es sich bei diesen Besprechungen wirklich nur um selbstverständliche und daher auch nicht geheimgehaltene Vorstellungen des Reichsverbandes der Bankleitungen gehandelt haben würde — so behauptet nämlich jetzt der Reichsverband der Bankleitungen — dann hätte es ebenso selbstverständlich sein müssen, zu diesen Besprechungen auch die Arbeitnehmerorganisationen des Bankgewerbes hinzuzuziehen. Mindestens hätte man ihnen nachher Gelegenheit geben müssen, mündlich oder schriftlich ihren abweichenden Standpunkt geltend zu machen. Über so etwas kann man vom Reichswirtschafts- und Reichsfinanzministerium bei ihrer notorisch arbeiterfeindlichen Einstellung allerdings kaum erwarten; der Arbeitsminister aber hatte die Pflicht, den Arbeitnehmerorganisationen diese Gelegenheit zu geben. Das geschah aber nicht. Der Arbeitsminister hat vielmehr etwas als „schändliches Gutachten“ des Reichswirtschafts- und Reichsfinanzministeriums gewertet, was in Wirklichkeit nur ein einseitig vorgebrachter Parteistandpunkt der Bankleitungen war.

Das den Bankangestellten gegenüber angewandte Verfahren kann unter keinen Umständen gebildet werden und deshalb hat sich der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten mit Recht an die Öffentlichkeit und an das Parlament gewandt. Es muß wenigstens einige Sicherheit dafür geschaffen werden, daß die Nachprüfungen im Reichsarbeitsministerium anders gehandhabt werden als im November. Im übrigen ist es leicht, dem Reichsarbeitsministerium nachzuweisen, daß Gehälter, die ein gutes Drittel und mehr hinter den Bezügen gleich vorgebildeter und gleichgearteter Staatsbeamten zurückbleiben, und eine Arbeitszeitregelung, die immer noch eine Verzögerung der Arbeiterarbeit erst nach der 50. Arbeitsstunde in der Woche vorsieht, sehr wohl mit den Interessen des Bankgewerbes in Einklang zu bringen sind.

## Ihre Einheitsfront.

### Richtlinien der KPD. zu den Betriebsratwahlen.

Unter diesem Titel veröffentlicht die KPD. in der Sonderbeilage „Der Parteiarbeiter“, Jahrgang 4, Heft 1, Richtlinien für ihre Funktionäre zu den kommenden Betriebsratwahlen. Es wird in ihnen die Parole herausgegeben, daß bei den kommenden Wahlen Kommunisten nur auf freigewerkschaftlichen Listen kandidieren dürfen. In einem anderen Absatz ist wörtlich gesagt: „Unter keinen Umständen dürfen Kommunisten nichtgewerkschaftliche Listen aufstellen.“

Diesen „Dreh“ der KPD. kennen wir ja aus den vorhergehenden Jahren. Man hat versucht, auf der freigewerkschaftlichen Betriebsratsliste nach Möglichkeit an erster Stelle zu erscheinen. Es wurde dann eine Sonderliste der ausgeschlossenen Verbände aufgestellt: B. u. G. Union, Ausschlossene Bauarbeiter usw., und dann den Anhängern der KPD. empfohlen, nur diese letzteren Listen zu wählen. Der Erfolg war dann gewöhnlich der, daß einmal ihre Anhänger auf der freigewerkschaftlichen Liste und das andere Mal auf der Sonderliste gewählt wurden.

Sie empfehlen in ihren Richtlinien weiterhin, daß alle Versuche der Reformisten, die Aufstellung der Kandidaten in den Funktionsratversammlungen oder in einem engen Kreis vorzunehmen, durch die Robustisierung der freigewerkschaftlichen Mitglieder des Betriebs verhindert werden muß. Sollte trotzdem anders verfahren werden, so ist bei der zuständigen Ortsverwaltung oder in der Gewerkschaftsversammlung scharfster Protest einzulegen. Es wird weiterhin empfohlen, daß die Kommunisten verlangen, daß diese Liste in einer Betriebsversammlung zur Diskussion gestellt wird. Machen sich dort starke Widerstände gegen einen oder mehrere Kandidaten der freigewerkschaftlichen Liste bemerkbar, dann müssen die Kommunisten auf die Einberufung einer nachmaligen Versammlung der Gewerkschaftsmitglieder dringen, um dort eine Korrektur der Liste zu verlangen. „Zustimmungsresolutionen jedoch können abgelehnt und angenommen werden.“ Dieser letzte Satz ist durch besonders starken Druck hervorgehoben. Aus vorstehendem Absatz geht hervor, daß die KPD. versuchen wird, in den Betriebsversammlungen einen Einfluß auf die Aufstellung der Kandidaten zu gewinnen. Man wird in diesen Betriebsversammlungen versuchen, gegen die verhassten Reformisten Stimmung zu machen.

Im nächsten Absatz wird darauf hingewiesen, daß die KPD. versuchen muß, mit Nicht-Kommunisten, vor allen Dingen aber mit „linken sozialdemokratischen Arbeitern“ eine Plattform für ein gemeinsames Vorgehen bei der Wahl zu gewinnen. Sollte die KPD. in der freigewerkschaftlichen Mitgliederversammlung, die zur Aufstellung der Kandidatenlisten Stellung nimmt, die Mehrheit in der Versammlung haben, so sind nicht nur Kommunisten aufzustellen, sondern auch einige „Parteilose“ und „linke sozialdemokratische Arbeiter“. In keine Verständigung über die Aufstellung der Kandidaten zu erzielen, so wird den Funktionären empfohlen, die Aufstellung der Kandidaten durch Abstimmung unter den Mitgliedern der freien Gewerkschaften in den einzelnen Betriebsabteilungen zu erzwingen. Es sind eben alle Mittel und Wege zu benutzen, um auf der Liste der freien Gewerkschaften in den Betriebsrat zu gelangen.

Als Vorstehendem erweist man, wie die KPD. die Vorarbeiten zur Betriebsratswahl trifft. Wir empfehlen unsern Parteigenossen, auf alle Fälle darauf zu achten, daß die geplanten Maßnahmen der KPD. an unserem geschlossenen Auftreten scheitern.

## Jahresversammlung der Tapezierer.

In der Jahresbranchenversammlung der Tapezierer am Freitag in Boekers Festhallen gab der Branchenleiter Hegenbart den Jahresbericht. Wenn auch gegenüber dem Jahre 1924 ein Zuwachs an Mitgliedern sowie ein finanzieller Aufstieg in der Branche zu verzeichnen war, kann die Entwicklung der Branche jedoch nicht voll befriedigen. Es sind noch viele Unorganisierte in der Branche, die in diesem Jahre durch rege Agitation in den Betrieben für die Organisation gewonnen werden müssen. Es muß auch im Interesse des gewerkschaftlichen Nachwuchses Wert darauf gelegt werden, die Lehrlinge zu organisieren, die heute der Organisation meist noch fernstehen.

Der im Berichtsjahr geführte wöchentliche Streik wegen des Abschlusses eines Tarifvertrages ist mit einer mustergültigen Geschlossenheit erfolgreich beendet worden. Durch den Streik ist es gelungen, den seit August 1923 nicht mehr befristeten Tarifvertrag mit unwesentlichen Veränderungen wieder in Geltung zu bringen. Der zurzeit tariflich festgelegte Mindestlohn von 1,10 Mark ist mit Ausnahme von zwei Städten der höchste im Reich und liegt auch über dem Durchschnitt aller übrigen Löhne anderer Berufe.

Von der Krise sind die Tapezierer diesmal gänzlich betroffen worden. Am Schluß des Jahres waren zahlreichen Kurz-

arbeitern 700 männliche und 100 weibliche Arbeitslose auf dem Nachweis eingetragen. Hegenbart ermahnte die Versammelten zum Schluß nochmals, für die Organisation die rege Agitation zu entfalten.

In der Diskussion wurde an dem Jahresbericht keine Kritik geübt. Die Aussprache ergab aber, daß in einzelnen Betrieben trotz der Arbeitslosigkeit noch Überstunden gemacht werden. Des weiteren lassen sich viele nicht durch den Arbeitsnachweis vermitteln, wodurch den schon länger auf dem Nachweis Eingetragenen jede Arbeitsmöglichkeit genommen wird. Der Branchenleiter ersuchte die Versammlung, im Interesse der Arbeitslosen keine Überstunden zu machen. Die Betriebsräte und in den Betrieben Beschäftigten müssen darauf achten, daß die Neueingestellten durch den Nachweis vermittelt sind. Im Anschluß an die Diskussion wurde die Neuwahl der Branchenleitung vorgenommen. Mit Ausnahme der 3 Beisitzer, die von ihren Posten zurücktraten, wurde die alte Branchenleitung wiedergewählt.

## Achtung, Fabrikarbeiter!

Im Monat Januar finden für die Jahreshalle Berlin die Bezirksversammlungen statt, in denen die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung für das Jahr 1926 vorgenommen wird. Jeder SPD-Kollege und jeder mit uns sympathisierende und es mit der Gewerkschaftsbewegung aufrichtig meinnende Kollege hat die Pflicht, in die für seinen Bezirk stattfindende Versammlung zu gehen, um nur solche Mitglieder als Delegierte zu wählen, die auf dem Boden der K. m. f. e. d. a. m. e. r. Gewerkschaftsinternationale stehen und damit für die wahre internationale Einheitsfront eintreten.

Der Fraktionsvorstand.

## Der Solidaritätsstreik beim Phönix.

Hörde, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Belegschaft des Stahlwalzwerks des Hörders Vereins (Phönix A.-G.) beschloß, weiter im Streik zu verharren, bis die Verteilung der abgehenden Arbeiter wieder einstellt. Die Belegschaftsversammlung erhob gleichzeitig die Forderung, daß die Aussperrung nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses aufgefaßt werden dürfe.

## Die Betriebsratwahlen im Bergbau.

Bochum, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die vier Bergarbeiterverbände beschloßen, für den gesamten deutschen Bergbau die Neuwahl der Betriebsräte auf die Tage vom 25. bis 27. März 1926 zu legen. Die übrigen interessierten Organisationen, wie die dem A. S. - Bund angeschlossenen Anstellendenverbände dürften sich mit dem Vorschlag einverstanden erklären.

## Bewegung im französischen Bergbau.

Paris, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Gewerkschaftsverband der französischen Bergleute hält heute, Montag, in Paris eine Delegiertenversammlung ab. Die Einheit der Aktion für die in den verschiedenen Bergwerksdistrikten im Gange befindlichen Lohnbewegungen soll sichergestellt werden. Im nördlichen Bergwerksdistrikt ist es bereits zu einer Einigung zwischen der Arbeiterchaft und den Zechenbesitzern gekommen. Die Zechenbesitzer haben sich nach längeren Verhandlungen bereit erklärt, die im Jahre 1924 bewilligte und im September 1925 auf 40 Proz. herabgesetzte Teuerungszulage von dieser Woche ab wieder in voller Höhe zur Auszahlung zu bringen.

## Aussperrung in der Pariser Automobilindustrie.

Paris, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die bekannte französische Automobilfabrik Citroën, bei der am Sonnabend 500 Monteurs wegen Lohnhöhenunterschieden die Arbeit niedergelegt, hat nicht nur die Streikenden entlassen, sondern auch die Belegschaft mehrerer anderer Betriebe in der Gesamtzahl von etwa 18 000 ausgesperrt. Die Direktion begründet diese rigorose Maßnahme damit, daß sie durch den Streik der Monteurs gezwungen sei, bis zur Einstellung neuen Personals die Arbeit ruhen zu lassen. Die auf diese Weise ausgesperrte Arbeiterschaft wird sich aller Voraussicht nach mit den 500 entlassenen Monteuren solidarisch erklären und die Wiederaufnahme der Arbeit von ihrer Wiedereinstellung abhängig machen.

Deutscher Gewerkschaftsverband, Bezirk I, Kochstraße Kleinindustrie, Große allgemeine Funktionsversammlung aller Betriebsräte, Ökonomie- und Betriebsratsleute am Freitag, den 22. Januar, abends 7 Uhr, im Klubhaus, Dönhofstr. 2. Adressen ändern der Arbeiter immerhin der SPD-Betriebe, Gebietsräten und Abände bei Arbeitsverhältnissen.

Verantwortlich für Text: Carl Weiser; Wirtschaft: Kurt Schramm; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Schäfer; Feuilleton: Dr. John Schittowski; Sozial- und Sanitäts: Fritz Kahlert; Wissenschaft: Dr. Glaser; Familien in Berlin: Verlos: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW 68, Eichenstraße 2, circa 1. Preise und „Unterhaltung und Wissen“.

# Hosen = Woche!

## Billige Sonderangebote

Beginn Dienstag, den 19. Januar

- Herren-Hosen aus Vudastoffen . . . . . 3.90
- Dunkelgestreifte Hosen aus festen gewirkt. Stoffen 5.—
- Graugestreifte Hosen aus Satinstoffen . . . . . 8.50
- Hosen aus samtgarnartigen Stoffen in geschmackt. Streifenmustern 11.—
- „Spezialhose“ aus für uns hergestellten Rottbäuer Stoffen, für jede Figur passend. Weiten über 108 cm kosten 10% mehr, Jünglingshosen 10% weniger 14.—
- Euthosen, Aachener Fabrikat, elegante Dessins, vorzüglicher Sitz . 20.—

### Sportbreeches u. Knickerbocker

- Breeches aus Fomspun . 4.20
- Breeches aus Nordstoffen . 8.50
- Breeches aus Manchester . 11.50
- Knickerbocker aus Strappier- und Vordrillstoffen 16.50

Knabenleibchenhosen von 95 Pl. an | Manchester-Schulhosen von 4.50 an

Wintermäntel, Winterjoppen, Damepeizjaden, Sport-, Geh-, Jagd- und Fahrpeize

Original-Tirolet Trachten

# Baer Sohn A.-G., Berlin

Eigene Kleiderwerke und Gummimantelfabrik

nur Chausseestraße 29/30

Eigene Kleiderwerke und Gummimantelfabrik







trümmert und auch sonstige Schäden angerichtet. Im dritten Stock desselben Hauses ist die Ausmündung des Explosionsdrucks weit schlimmer gewesen. Hier wurde der Bewohner, dessen Schlafzimmer nach vorn liegt, durch Glasplitter nicht unerheblich verletzt. Schwere Beschädigungen der Wohnung — u. a. ist der Türrahmen total zertrümmert — geben ein Bild von der Gewalt des Luftdrucks. In einem Zimmer der Wohnung hat sich eine zerrissene Gardine vom Hause Nr. 9 verfangen.

Auf der Straße werden bis in die Abendstunden Möbelstücke, Bettenreste und sonstige Trümmer verladen. Hier hat sich der Fuhrpark der Stadt Berlin zur Verfügung gestellt. Das Haus Nr. 9 wird höchstwahrscheinlich nicht mehr bewohnbar sein und wohl abgerissen werden müssen. Genaues kann allerdings erst eine eingehende Untersuchung feststellen, die am Tage der Explosion nicht möglich war. Bis 5 Uhr abends waren die Leichen der noch Vermissten nicht gefunden.

Das Haus Kirchstraße 9, das von der Explosionskatastrophe betroffen wurde, gehört einem Potsdamer Ingenieur namens Seiffels. Ingesamt hat das Haus 24 Wohnungen und wurde von der entsprechenden Zahl Hauptmieter und einer Reihe von Untermieter bewohnt. Die meisten Opfer sind dadurch zu Schaden gekommen bzw. getötet worden, daß sie durch den gewaltigen Luftdruck gegen die Zimmerwände gedrückt wurden und so Knochenbrüche und schwerste innere Verletzungen (Zerreibungen) davontrugen. Sondernamentlich haben die Zimmerdecken nach dem Hof hinaus standgehalten, so daß man nur von der Westseite der Straße her in das offenliegende Haus hineinschauen kann.

### Die Namen der Toten:

Bruno Pfann, Turmstraße 19.  
Fran Höder, ungefähr 60 Jahre alt.  
Kaufmann Krey.  
Friedrich Böhre, 32 Jahre alt.  
Seifenhändler Mans.  
Vier unbekannte Männer und ein Kind.

Im Moabiter Krankenhaus liegen noch 9 Schwerverletzte. Bisher sind keine Komplikationen hinzugetreten, so daß alle mit dem Leben davonkommen dürften.

### Die Aufräumungsarbeiten

dauerten während des ganzen Nachmittags bis zum Eintritt der Dunkelheit fort und einige bedrohlich herabhängende Balken und Mauerreste wurden noch zum Abwurf gebracht. Gegen 1/2 Uhr wurde dann unter den größten Schwierigkeiten die Leiche des Seifenhändlers Mans geborgen, dessen Leiche bis zur Untertischfläche verstaumelte Leiche aus dem hinter dem Laden liegenden Zimmer geholt wurde. Wegen der eindringenden Dunkelheit und der immer größer werdenden Einsturzgefahr mußten die Feuerwehreinheiten die Aufräumungsarbeiten unterbrechen. Wahrscheinlich werden in den heutigen Morgenstunden starke Verstärkungen vorgenommen werden, um den Feuerwehreinheiten die Möglichkeit zu geben, die Aufräumungsarbeiten fortzusetzen. Die Straße, unmittelbar vor dem Unglückshaus ist durch Leitbarrieren abgesperrt worden, und nur ein schmaler Durchgang in der Mitte des Fahrdammes ist für den Fußgängerverkehr freigelassen worden. Bisher konnte noch nicht einwandfrei festgestellt werden, wieviel Tote noch unter den Trümmern liegen. Außer dem 24-jährigen Kinde wird der Kaufmann Krey vermißt, dessen Schwester bei der Katastrophe ebenfalls verunglückt ist und im Moabiter Krankenhaus darniederliegt. Verwandte des Kaufmann Krey, die die Leichen im Moabiter Krankenhaus in Augenschein nahmen, erkannten unter den Toten ihren vermißten Verwandten nicht. Es ist daher bestimmt anzunehmen, daß auch Krey mit eventuell noch mehreren Hausbewohnern unter den Trümmern liegt. Die polizeilichen Ermittlungen werden dadurch erschwert, daß sich ein großer Teil der im Unglückshaus wohnenden Mieter noch nicht gemeldet hat. Wie wir erfahren, wird die Baupolizei heute versuchen, an den Brandherd zu gelangen, um die Entstehungsursache der Explosion genau feststellen zu können. Die Annahme, daß es sich um eine ausgesprochene Benzinexplosion handelt, wird durch die Mitteilung in den Hintergrund gedrängt, daß sich in dem Seifengeschäft des getöteten Mans keine Benzinvorräte befunden haben. Einwandfrei aber ist festgestellt worden, daß sich im Hause seit mehreren Tagen ein intensiver Gasgeruch bemerkbar gemacht hat. Noch in den späten Abendstunden fanden Tausende von Neugierigen zu beiden Enden des Straßenzuges, sowohl an der Ecke Alt-Moabit wie auch an der Bärenbrücke, abgesehen in der Dunkelheit von dem Unglücksort überhaupt nichts mehr zu erkennen war. Viele Glas- und Reparaturwerkstätten haben sich belagert in jedem Hausflur aufgetan. Hierhin waren Balken- und Fensterrahmen geschafft worden, die von den Glasern mit neuen Scheiben versehen wurden. Auch auf der Straße, an den Schaufenstern hat sich dasselbe Bild und geschäftige Hände waren dabei, die zerstörten Schaufenster mit neuem Glas zu versehen. Beim Städtischen Rettungssamt haben sich verschiedene Personen gemeldet, die den Obdachlosen Unterkunftsmöglichkeiten und Kleidungsstücke zur Verfügung stellen wollen.

### Die Schuldfrage

Ist bis zum Augenblick noch nicht geklärt. Kriminalkommissar Verneburg vom Berliner Polizeipräsidium war gestern nachmittag im Verein mit der Baupolizei bemüht, hier Klarheit zu schaffen, doch war, wie oben geschilbert, die Arbeit aller Beamten noch dadurch behindert, daß man vorläufig nicht bis zum Keller vordringen kann. Die erste Annahme, daß eine Benzinexplosion die Katastrophe ausgelöst hat, ist jetzt bereits widerlegt.

Wie wir nach kurz vor Schluß der Redaktion erfahren, handelt es sich bei der um 1/2 Uhr abends aus den Trümmern gezogenen Leiche nicht um den Seifenhändler Mans, sondern um den bisher vermißten Kaufmann Krey. Ferner geht uns noch folgende Mitteilung zu: Es kursieren zahlreiche Gerüchte, daß Mans größere Posten von Feuerwerkskörpern, die von Silvester her stammen, in Blechbüchsen aufbewahrt hielt, die im Keller gelagert haben. Die Stärke der Explosion findet damit vielleicht eine Erklärung.

Der Reichspräsident hat aus Anlaß des schweren Unglücks in der Kirchstraße das nachstehende Telegramm an den Oberbürgermeister von Berlin geschickt:

„Mit dem Gefühl herzlichster Teilnahme für die Opfer erhalte ich eben die Nachricht von dem schweren Explosionsunglück in der Kirchstraße. Ich bitte, den Hinterbliebenen der Getöteten und den Verletzten den Ausdruck meiner Teilnahme zu übermitteln.“

### Die Strafanträge in dem Aktienfälschungsprozeß.

Nach zehntägiger Verhandlung wurde gestern die Beweisnahme in dem großen Aktienfälschungsprozeß geschlossen und Staatsanwaltschaftsleiter Apler ergriff sodann das Wort zu seiner Anklage und Beauftragte gegen Höner, v. Klimenthal und drei weitere, gegen Höner, v. Klimenthal und drei weitere, sowie gegen beide je fünf Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, gegen Hoos zwei Jahre Zuchthaus und Ehrverlust. Den Abstrich Anzeigenden wird es mildernde Umstände zubilligen und beantragte gegen Werner Jacoby zwei Jahre sechs Monate Gefängnis, gegen Walter Jacoby ein Jahr Gefängnis, gegen Höner ein Jahr sechs Monate Gefängnis, gegen Dauber sechs Monate Gefängnis und bei Störl Freiheitsstrafe. Die Angeklagten Jacoby und Höner sind auf Antrag ihres Verteidigers, Rechtsanwalts Dr. Wertheimer, aus der Haft entlassen und auf freien Fuß gesetzt worden.

### Die Straßendurchbrüche.

#### Zustimmung der Stadtverordneten.

Gestern nachmittag trat der Unterausschuß des städtischen Bauhaushaltsausschusses zum zweitenmal zusammen, um endgültig über die Schaffung zweier Ost-West-Straßenzüge zu beraten. Nach eingehender Aussprache einigte man sich zum großen Teil einstimmig auf einen Beschluß, der die Aussicht eröffnet, daß doch in absehbarer Zeit auf dem Gebiete der Schaffung von Straßendurchbrüchen in Berlin zum Zwecke der Verkehrserschwerung in Berlin endlich etwas geschieht.

Der Magistrat soll nach dem gefaßten Beschluß der Stadtverordnetenversammlung den Stichlinienplan für beide neuen Straßenzüge, sowohl den nördlichen wie den südlichen Umgehungszug des Potsdamer Platzes vorlegen. Der Ankauf eines Geländestreifens am Palais des Prinzen Albrecht an der Knibitzstraße, Ecke Wilhelmstraße wurde mit großer Mehrheit gutgeheißen. Außerdem soll der Magistrat mit der Reichsbahn einen Vertrag über die Unternehmung der Potsdamer Bahn abschließen, damit auf Grund eines solchen Vertrages dann zunächst die vorbereitenden Arbeiten für die Höherlegung der Geleise der Potsdamer Bahn getroffen werden können. Diese Arbeiten werden etwa anderthalb Jahre ausfüllen und an ihre Vollendung würde sich dann später die Durchlegung des Tunnels anschließen. Auf sozialdemokratischen Antrag wurde die Finanzierung dieser gesamten Maßnahmen und für die nächsten Jahre in den städtischen Haushalt einen Betrag von je 3 Millionen Mark einzusetzen beschlossen. Aus ihm sollen die Kosten der einzelnen Teile dieser Projekte der Reihe nach bestritten werden. Da die Annahme aller Beschlässe teils einstimmig, teils mit großer Mehrheit erfolgt ist, kann man damit rechnen, daß die Stadtverordnetenversammlung sich ihnen ebenfalls anschließen wird. Damit würde ein erster Schritt zur wesentlichen Erleichterung der Verkehrsverhältnisse der Berliner Innenstadt getan sein, wenn gleich, bei der Größe der Schwierigkeit und Kostspieligkeit der Projekte noch eine Reihe von Jahren vergehen wird, bis sie endgültig durchgeführt sind.

Der hauptsächlichste Kampf wird sich voraussichtlich dann entspinnen, wenn der Magistrat auf Grund der in Aussicht stehenden Stadtverordnetenbeschlüsse den Stichlinienplan für den Durchbruch durch die Minstergärten den Reichsbehörden zur Genehmigung vorlegen wird. Um ihre Güten werden die Herren Minister wahrscheinlich mit Ausdauer und Hartnäckigkeit kämpfen. Hoffentlich gibt es aber in der Reichsregierung und auch im Reichstag noch Männer, die einsehen, daß der Groß-Berliner Verkehr den vorgeschlagenen Durchbruch unter allen Umständen erfordert.

### Prozeß Holzmann-Bartels.

#### Der Angeklagte Bartels jagt aus bis zur Erschöpfung.

Im Prozeß Holzmann-Bartels wurde gestern in der Vernehmung des Angeklagten Reg.-Rat Bartels fortgefahren. Dieser äußerte sich über die günstigen Auskünfte, die er über Holzmann erhalten hätte und darüber, wer die endgültige Entscheidung über die Aufenthaltserlaubnis zu treffen hätte. Nach den Anweisungen des Ministeriums des Innern sollte B. nach großen Gesichtspunkten und liberal verfahren. Bei der großen Arbeit sei es ganz unmöglich gewesen, alle Einzelheiten selbst nachzuprüfen. Seine Anschauung über Holzmann sei eine andere geworden, als er den Artikel über ihn in der „Wahrheit“ gelesen habe. Im übrigen habe Holzmann sehr anständigen gesellschaftlichen Verkehr gehabt, so daß er auf den Rasch, der in der russischen Kolonie verbreitet wurde, nichts geben konnte.

Der Angeklagte betonte weiter, daß ihm Dr. Linke einmal Ungünstiges wegen eines Oram-Geschäftes mitgeteilt habe. Er habe Holzmann darauf gestiftet und dieser habe ihm zu seiner Rehabilitierung ein Schreiben des Direktors Dr. Weinhardt von der Oram-Gesellschaft gezeigt, in dem Holzmann bestätigt wurde, daß das Geschäft seit abgemeldet worden sei. Er wäre im übrigen sofort vorgegangen, wenn konkretes Material gegen Holzmann im Fremdenamt vorgelegen hätte. Der jetzige Leiter des Fremdenamtes, Regierungsrat Göhrke sagte aus, daß er in Fällen der persönlichen Freundschaft mit Ausländern zu seiner eigenen Deduktion die Entscheidung des Abteilungsdegenerenten herbeigeführt haben würde. Sein Verkehr mit Ausländern beschränkte sich allerdings nur auf den dienstlichen Verkehr. Der Angeklagte Bartels bemerkte hierzu, daß auch er verschiedentlich mit dem Abteilungsleiter, Regierungsrat Dr. Weis, Rücksprache genommen habe. Nachdem auch der zweite Sachverständige, Polizeioberinspektor Kruckow erschienen war, wurde vom Gericht der Artikel in der „Wahrheit“ über Holzmann und Autister vorgelesen. Bartels bemerkte, daß er auf Grund dieses Artikels mit dem Justizrat Höner kein Rücksprache genommen habe, ob man die „Wahrheit“ veröffentlichen solle. Dieser habe das aber schließlich für zwecklos gehalten. Der Angeklagte erklärte auf Befragen durch den Vorsitzenden, daß er Autister nie gesehen habe. Autister sei, wie er gehört habe, gegen ihn eingestellt gewesen, weil er mit Holzmann Verbindungen hatte. Er glaube, daß die Zusammenhänge folgende waren: Autister hatte einmal mit Boris Lobbini, der ein internationaler Hochstapler ist, darüber gesprochen, wie man Holzmann unschädlich machen könne. Autister hat damals gesagt, daß das wohl schwer sein würde, da Holzmann in Bartels einen Freund hätte. Darauf hat Boris Lobbini eine Bisttentorte des Kriminalkommissars Dr. Grandberg gezeigt und gesagt, daß dieser sein Freund wäre. L. habe dann von Autister Geld erhalten, von dem er scheinlich 75 Proz. für sich behalten hat, um Bartels beizugehen zu lassen. Auf Einwendungen des Vorsitzenden bemerkte der Angeklagte Bartels, daß er nur bedingt spreche, daß er aber glaube, diese Angaben mit 98 Proz. Wahrscheinlichkeit beweisen zu können. „Wie konnte es sonst möglich sein.“ L. bemerkte Bartels weiter, daß ich in dem Auto von Lobbini ins Gefängnis gekommen bin, und daß Lobbini in Berlin noch frei herumläuft, obwohl von Wien aus nach ihm geschandt wird.“ Des weiteren befragt er, mit dem Justizrat v. Gehren verwandt zu sein, wie dies die Anklage behauptet. Er habe v. Gehren nur, weil es ihm damals sehr schlecht ging, Holzmann empfohlen, der ihn als Syndikus angestellt habe. Der Angeklagte Bartels äußerte sich dann auf Befragen des Vorsitzenden über seine persönlichen und finanziellen Verhältnisse. Bei der Erwähnung, daß er auch an der Villa seiner Mutter beteiligt sei, die während seiner Untersuchungshaft gefordert sei, wor der Angeklagte Bartels so erklärt, daß er beinahe einen völligen Zusammenbruch erlitt. Der Justizwachmeister mußte ihm ein Glas Wasser bringen, und erst nach und nach erholte er sich wieder. Die Verhandlung wurde schließlich gegen 1/2 Uhr geschlossen und auf heute früh vertagt, weil der Angeklagte Bartels nicht mehr zu folgen vermochte.

### Berufskundliche Vorträge.

Das Berufsberatungsamt des Bezirks Friedrichshagen veranstaltet jetzt eine Reihe von berufskundlichen Vorträgen. — Ueberaus zahlreich war der erste Vortragabend besucht. Vor der Berufswahl stehende Jugendliche und deren Eltern wurden durch Vorträge und Bildbilder mit dem Zweck und Ziel der Berufsberatung bekanntgemacht. Genosse Stadtrat Kossin erinnerte in eindringlichen Worten, daß vor dem Kriege der deutsche Arbeiter durch seine Untertätigkeit, die deutsche Industrie dank der Qualitätsarbeit einer gut ausgebildeten Arbeiterkraft an erster Stelle standen. Der Krieg rief eine Lücke in diese für die deutsche Industrie so wertvolle Arbeiterkraft, indem er einen großen Teil derselben vernichtete oder unbrauchbar machte. Ziel des Berufsberatungsamtes ist es nun, diese Lücke durch Heranbildung von Qualitätsarbeitern auszufüllen, bereits bei den Jugendlichen die jeweilige Eignung für einen Beruf festzustellen und auch bei den Eltern das Verantwortungsgesühl für die Wichtig-

keit der Berufswahl zu wecken. Berufsberater Zister wies auf die vielen Enttäuschungen und den großen Zeitverlust hin, deren Grund in einer unrichtig getroffenen Berufswahl liegt. Auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt müssen solche Gebiete vermieden werden. Zur Aufgabe des Berufsberatungsamtes gehört es auch, die Jugendlichen mit den einzelnen Berufen näher bekannt zu machen, was in den kleinen Städten leichter möglich ist als in der Großstadt, in der es den Kindern selten vergönnt ist, Einblick in die Werkstätten der Arbeitenden zu haben. Die Methode der Berufsberatung umfasse: Eignungsfeststellung, Berufswunsch, berufspolitische und wirtschaftliche Erwägungen, positive Berufsvorschläge durch den Berufsausschuss. Berufsberater Bohn sprach zum Schluß eingehend und unterhaltend über die Eignung zu den verschiedenen Berufen. Bildbilder erläuterten in fesselnder Weise die Vorträge.

Auch in anderen Bezirken finden solche berufskundlichen Vorträge statt, aber die in den betreffenden Bezirken das Nähere über Ort, Zeit und Thema zu erfahren ist.

### Jugendklub.

#### Gefährdung der geistigen Freiheit.

Zwei Gesetze von einschneidender Bedeutung liegen dem Reichstag vor. Beide beschäftigen sich mit dem Jugendklub. Die Jugend soll vor Schund und Schmutz sowohl in der Literatur als auch bei öffentlichen Lustbarkeiten bewahrt bleiben. Viele Gründe sind gegen diese Gesetze angeführt worden. Genosse Wolfgang Heine behandelte sie jetzt zusammenfassend in einer Versammlung der verschiedenen Schulreformer.

Wir haben, so führte er aus, bereits die §§ 184 und 184a zum Schutz der Keuschheit vor Schund und Schmutz, aber gerade die Anklagen, die man in der letzten Zeit gegen namhafte Künstler und Schriftsteller erhoben hat, zeigen, wie diese Paragraphen angewendet werden. Die dem Reichstag vorliegenden neuen Gesetze werden daher nur eine weitere Waffe gegen die geistige Freiheit sein. Es ist geplant, alle Bücher und Druckschriften, deren Verkauf oder Weitergabe an Jugendliche verboten ist, auf einer Liste zu vereinigen. Prüfstellen der einzelnen Länder sollen diese Bücher auswählen, ihre Entscheidung aber soll für das Reich verbindlich sein. In diesen Prüfstellen soll ein Beamter den Vorsitz führen, der das Recht hat, sich vier Sachverständige zu wählen, die er jeweils auch neu berufen kann. Autor oder Verleger werden von der Prüfstelle auf keinen Fall gehört, ja sie werden nicht einmal von der Verhandlung oder deren Ergebnis benachrichtigt. Nach der Veröffentlichung des Namens besteht eine Einspruchsfrist von vierzehn Tagen. Der Einspruch ist schriftlich anzubringen. Wer also diese Listen nicht regelmäßig verfolgt, wird seines Einspruchsrechtes verlustig gehen. Ueber den Einspruch wiederum entscheidet ein Ausschuss, den der Reichsminister des Innern ernannt. Wird dem Einspruch stattgegeben und das Buch von der Liste gestrichen, so können wiederum zwei Mitglieder des Bundesausschusses als auch eine Person der Schule oder der Kirche erneut die Aufnahme in die Liste beantragen. Dabei bleibt immer das schriftliche Verfahren vorzuziehen, das in Preußen wie in den übrigen Staaten etwa im 17. Jahrhundert üblich war. Das ist ein Vorgang, der der Republik unwürdig ist. Es erscheint weiterhin lächerlich und unhaltbar, daß das Schulkriterium auf 18 Jahre heraufgesetzt werden soll, so daß also unter Umständen schon seit zwei Jahren Verheiratete sich den Vorschriften über Jugendliteratur fügen müssen. — Als späterer Redner teilten diese Ansichten, Reichstagsabgeordneter Genosse Toni Pfälz schilderte, wie die Rechtsparteien im Ausschuss, der diese Gesetze berät, versuchen sie nach zu verschärfen. Sie forderte, daß man die Jugend durch positive erzieherische Maßnahmen vom Schund fernhalte. Mit großer Mehrheit nahm die Versammlung eine Entschließung an, in der gefordert wird, daß die Jugend durch eine sachgemäße Erziehung und nicht durch Gesetze oder Verordnungen, die willkürliche Auslegung zulassen, vor Schund geschützt werde.

Die täglichen Glückeunfälle. Auch gestern kamen auf den verschiedenen Bürgerstraßen 14 Personen zu Fall, die sich Kopfverletzungen, Verstauchungen und Brüche zuzogen. Aus Lichterberg wurden auch drei Modelunfälle gemeldet. Die Verunglückten konnten jedoch nach Anweisung von Rotverbänden auf der nächsten Rettungsstelle wie auch die übrigen Verunglückten ihre Wohnungen aufsuchen.

### Sport.

#### 15. Berliner Sechstagerrennen.

Die gestrige Nachmittagswertung sah wieder ein durchaus gelungenes Haus. Bis um 2 Uhr hatte das Feld 224.640 Kilometer zurückgelegt. Die Wertung brachte folgende Ergebnisse: 1. Spurt: 1. Horan vor Gottfried, Tonani und Krupat. 2. Spurt: 1. Mac Ramara vor Giorgetti, Verign und A. Bandenhove. 3. Spurt: 1. Hahn vor Tonani, Krupat und Rieger. 4. Spurt: 1. Demoff vor Person, Mac Ramara und Lorenz. 5. Spurt: 1. Horan vor Rieger, Gottfried und Tonani. — Um 3 Uhr sind 2278.400 Kilometer bedeckt. Als die zweite Hälfte der Nachmittagswertung vor sich ging, war das Haus noch dichter besetzt. Im sechsten Spurt siegte Horan vor Tonani, Kossell und Giorgetti. 7. Spurt: 1. Mac Ramara vor Rieger, Lewanow und Saldow. 8. Spurt: 1. Giorgetti vor Tonani, Horan und Stokelund. 9. Spurt: 1. Lewanow vor Sawall, Rieger und Gottfried. 10. Spurt: 1. Person vor Hahn, Tonani und A. Bandenhove. Riegers sabelhafte Spurtweise fand wie immer beim Publikum ungeteilte Anerkennung. Auch die Amerikaner, die bei dieser Wertung fünf erste und zwei dritte Plätze belegten und so die meisten Punkte ergatterten konnten, fanden wohlverdienten Beifall.

Der Stand des Rennens nach der Nachmittagswertung ist nun folgender: 1. Hahn-Tieg 77 Punkte. Eine Runde zurück: 2. Rieger-Giorgetti 182. 3. Mac Ramara-Horan 175. 4. Tonani-Saldow 149. 5. Bauer-Gottfried 88. 6. Person-Debaets 72. 7. Gebrüder Bandenhove 65 Punkte. Drei Runden zurück: 8. Lorenz-Krupat 57 Punkte. Drei Runden zurück: 9. Demoff-Stokelund 131 Punkte, 10. Lewanow-Müller 94 Punkte, 11. Sawall-Kossell 36 Punkte.

Gegen 8 Uhr abends gab Saldow das Rennen wegen weitestgehender Verletzung und um 9 Uhr Kossell wegen Blinddarmentzündung das Rennen auf. Die beiden Partnerlosen Sawall und Tonani bilden eine neue Mannschaft mit zwei Vorläuferrennen und 93 Punkten. In den Abendstunden entfiel Mac Ramara-Horan eine sabelhafte Jagd. Die Amerikaner können eine halbe Runde aufholen. Person-Debaets führen jedoch das Feld wieder zusammen. Vorläufig ausverkauftem Hause gewann Woeller den ersten Spurt bei der 10-Uhr-Abendwertung vor Gottfried, Horan und Sawall. Zweiter Spurt: 1. Stokelund vor Mac Ramara, Lorenz und Rieger. 3. Spurt: 1. Gottfried vor Sawall, Giorgetti und Horan. 4. Spurt: 1. Stokelund vor Mac Ramara, Lewanow und Hahn. Nach dem vierten Spurt unanimmig Person einen Vorstoß. Das Feld führt „Fischer“. Der mutige Vorstoß muß verpuffen. Der Rennaussschuß belegt Debaets, den Partner Person, neben Tieg mit 30 Mark Geldstrafe wegen Ueberschreitens des schwarzen Strichs. Den fünften Spurt gewinnt Gottfried vor Sawall, Giorgetti und Hahn. Nach dem Ausfahren dieses Spurts kommt Hahn in der Hekturore zu Fall. 6. Spurt: 1. Horan vor Stokelund, Rieger und Lewanow. Das Rennen wird auf kurze Zeit wegen Sturm hahn neutralisiert. Bald aber erscheint Hahn wieder, vom Publikum lebhaft begrüßt, um den sechsten Spurt gegen Horan, Giorgetti, und Gottfried zu gewinnen! 8. Spurt: 1. Stokelund vor Rieger, Mac Ramara und Tieg. 9. Spurt: 1. Demoff vor Horan, Woeller und Gottfried.







# Die Montanindustrie in der Sanierung

## Verlustbilanzen und Kapitalumstellung.

Am 14. Januar ist die vorbereitende Gesellschaft des kommenden Ruhrmontantruffs, die Vereinigte Stahlwerke gegründet worden. Seitdem kann man die Behauptung wagen, daß die Rheinisch-Westfälische Montanindustrie den Höhepunkt der Krise hinter sich hat. Wenigstens gilt das für die Kapitalseite, noch nicht für den Arbeitsmarkt. Für die Konzerne der Rüdner, Hoersch (Köln-Neu-essen), Haniel hatten die Abschlußbilanzen schon früher gezeigt, daß sie der Reinigungsstrafe aus eigener Kraft gewachsen sind. Sie erscheinen nicht in der Liste der „großen Vier“, des Ruhrmontantruffs, Rhein-Elbe Union, Thyssen, Phönix, Rhein Stahl, die die Krise ebenfalls bestehen werden, aber nicht ohne Einbuße von Teilen ihres Goldbilanzkapitals und nicht ohne sehr beträchtliche ausländische Kapitalbeteiligung. Die kürzlichen zuverlässigen Berichterstattungen des Großfinanziers Louis Hagen, der als Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats in den meisten schweren Werten des Ruhrgebiets tätig ist und für die Zukunft eine günstige Prognose stellte, dürfen als Stempel unter die vollzogene Sanierung angesehen werden. Der Krupp-Konzern ist nach der Aufnahme seiner amerikanischen Anteile dem Montantruff ferngeblieben. Er darf ebenfalls als saniert gelten. Stinnes und Stumm blieben auf der Strecke. Ihre Montaninteressen dürften eine Zusammenfassung erfahren, die den Forderungen der Gläubigerbanken Rechnung trägt, nicht mehr. Es bleibt ein peinlicher Rest, Rombacher Hüttenwerke und Rheinmetall, deren schwere Verluste heute die Dringlichkeit dieses Monats beschloßen werden soll. Die kritische Würdigung ihrer Abschlässe für 1924/25 rundet das Bild ab, das wir bisher in Einzelbesprechungen über die Krise der Rheinisch-Westfälischen Montanindustrie entwickelt haben.

### 19,25 Millionen Verlust bei Rombach.

Die Rombacher Hüttenwerke gehören nicht zu jenen Internationalkonzernen der Montanindustrie, die durch wahlloses Zusammenkaufen und Zusammenwerfen nicht aufeinander abgestimmter Werte den Grund zum eigenen Zusammenbruch legten. Man muß den schweren Verlust von 19,25 Millionen, mit dem sie das Jahr 1924/25 schließen, viel eher auf die konservativen Reaktionen der Leitung zurückführen, die nach dem Verlust ihrer früheren erfolgversprechenden Werte an Frankreich mit den Entschädigungsbeträgen nicht schnell und gründlich genug etwas Gescheitertes anzufangen wußte. Außer der sehr guten Jeche „Concordia“ bei Oberhausen, die aus dem Vorkriegsbesitz blieb, und den Westfälischen Stahlwerken Bochum, die heute unter der schlechten Eisen- und Stahlkonjunktur leiden, brachten die Rombacher Hüttenwerke für den Neuaufbau nur Werke zusammen, die nicht zu schweren Verlusten wurden.

Diese Verlustwerke bestimmen denn auch vollständig den Charakter der Bilanz, die gegenüber dem Vorjahr jene außerordentliche Verschlechterung gebracht hat, die eine Zusammenlegung des Kapitals unausweichlich machen wird. Die Howaldt-Werke Kiel, von denen zwei Drittel im Besitz der Rombacher Hütte sind und die abzustößen letztere sich nicht rechtzeitig entschließen konnte, brachten infolge der gegenüber ausländischen Schiffbestellern übernommenen Garantien schwerste Verluste. Der Gesamtbetrag an Howaldt-Aktien war als Verlust abzuschreiben, außerdem mußte noch eine Rückstellung für spätere Verpflichtungen von 4,3 Millionen Mark gemacht werden. Die Eisen- und Stahlwerke in Bendorf, eine zweifelhafte Erwerbung mit allen Hochöfen und Betriebseinrichtungen, waren ebenfalls verlustbringend. Die Eisenhütte Holzstein in Rendsburg erforderte auf Grund der bestehenden Interessengemeinschaft für die vorgenommenen Neu- und Modernisierungsbauten kurzfristige Schutzmaßnahmen von rund 11 Millionen Mark. So war es eine Unmöglichkeit, von der Jeche „Concordia“ und den Bochumer Stahlwerken nicht nur deren eigene Rentabilität, sondern auch noch die Deckung der Verluste aus den übrigen Werten zu erwarten.

### Große Vorräte und Zinslasten als Ursache.

Die Bilanzverschlechterung gegenüber der Goldbilanz ist dennoch über Erwarten groß. Ein englischer Hypothekenkredit von 7,1 Millionen, kurzfristige Schulden von über 23 Millionen Mark (bei 26,26 Millionen Gläubigern) kennzeichnen die schwere Verschuldung. Dazu kommen nach dem Bilanzabschluss vom 30. Juni die im September 1925 zur Stützung der Rombacher Hütte in Verbindung mit der Firma Spaeter von den Gläubigerbanken gewährten neuen 7-Millionen-Kredite, die am 31. Januar dieses Jahres fällig waren. Die Kredite wurden inzwischen bis zum 31. Oktober weiterhin gestundet. In den Aktiven sind die Anlagemittel gegenüber der Goldbilanz im ganzen unuerändert. Die Wertpapiere im Eigenbesitz sind aber von 1,03 Millionen auf 22 734 M., die Beteiligungen von 5,26 auf 3,57 Millionen abgewertet. An Wechseln und Schecks sind nur mehr 33 147 M. (gegen 1,76 Millionen), an Forderungen nur mehr 11,93 gegenüber 13,95 Millionen vorhanden. Die zinslastenden Vorräte sind dagegen um 4,2 Millionen Mark höher.

Der Rohertrag von 7,07 Millionen der Gewinn- und Verlustrechnung dürfte fast ausschließlich aus dem Bergbau stammen; die Verluste aus den Eisenwerken sind schon vorher abgesehen worden. In den Ausgaben erscheint allein für Zinsen der enorme Betrag von 3,08 Millionen, Abschreibungen auf Werksanlagen erforderten 3,32 Millionen, Sonderabschreibungen auf Wertpapiere, Beteiligungen und Forderungen (11,18 Millionen) sowie auf Eisenhütte Holzstein-Rendsburg (1,16 Millionen) sollen den Hauptbetrag der erlittenen Verluste bedecken. Der Gesamtverlust beträgt, wie gesagt, 19,25 Millionen Mark.

### Der Abschluß von Rheinmetall.

Die Rheinische Metallwaren und Maschinenfabrik A.-G. Düsseldorf schließt bei einem Aktienkapital von 18 Mill. mit einem Verlust von 6,85 Mill. Man muß sich aber hüten, diesen

Verlust mit dem der Rombacher Hüttenwerke gleichzustellen. Rombach hat in seiner Bilanz zukünftige Abschreibungen und Sanierungsverluste bereits berücksichtigt, Rheinmetall dagegen nicht, wenn man von der 0,82 Mill. Rückstellung für faule Außenstände absteht. Rombach hat also schon jetzt eine Bilanz für den Fall der Sanierung aufgemacht; die Herabsetzung des Kapitals hat nur den Bilanzverlust zu beseitigen. Im Gegensatz dazu hat Rheinmetall, um den Verlust nicht zu hoch werden zu lassen, die Ziffern der Goldbilanz in der Abschlußbilanz durchweg erhöht: die Grundstücke, Gebäude und Maschinen, obwohl ein sehr beträchtlicher Teil der Anlagen stillgelegt und abgedrochen werden wird, von 18,85 auf 20,41 Mill. Mark; Defen, Gleisanlagen, Werkzeuge und Geräte, Auto- und Fuhrpark wurden aus Erinnerungsposten von 2,3 und 4 Mill. M. zu einem Aktium von fast drei Viertel Millionen Dasselbe dürfte für den Wert der Vorräte gelten (8,55 gegen 7,16 Mill. in der Goldbilanz).

Auch die Art, wie Rheinmetall notleidend wurde, ist eine andere. Ähnlich wie kein Großaktionär Krupp vor Rheinmetall vor dem Kriege und im Kriege Heeres-, Marine-, Eisenbahn-Lieferant. Die Krupp hatte Rheinmetall die Umstellung auf Friedensproduktion wesentlich technisch, nicht finanziell organisiert. Der Wagon- und Lokomotivbau, der von landwirtschaftlichen Maschinen, die Aufnahme von Fabrikationen auf der Grundlage der Interessengemeinschaft mit Vauchois wurde ein Fehlschlag. Daraus erwuchs eine schwere Verschuldung, die am deutlichsten in der veränderten Bilanzsumme zum Ausdruck kommt. Während Stilllegung und Verkauf der Rheinmetall rapid wuchsen, stieg die Bilanzsumme von 35,26 auf 52,42 Mill. Mark. Diese Steigerung geht fast ausschließlich auf Kosten neuer Verschuldung: die Gläubiger stiegen von 7,73 auf 12,50, die Akzente von 3,41 auf 6,35 Mill. Es wurde ein hypothekarisch gesichertes Darlehen von 10 Mill. Mark aufgenommen. Die Anzahlungen dagegen, in denen die Beschäftigung für solvente Großbesteller sich ausdrückt, gingen von 3,25 auf 1,59 Mill. zurück. Die Gründe der Unterbilanz geben Gewinnrechnung und Geschäftsbericht. Das Abortisationskonto gibt einen Ueberschuß von nur 1,73 Mill., dem Abschreibungen (1,27), Reserve für faule Schulden (0,82), Handlungsunkosten (2,74), Steuern und Zinsen mit 3,74 Mill. gegenüberstehen. Die Zinslasten sind mit 2,19 Mill. noch um ein Viertel höher als die Steuerlasten, die 1,56 Mill. betragen.

### Aussichten für die Sanierung von Rheinmetall.

Für die Sanierung hat Rheinmetall durch den Friedensvertrag die einzige Herstellerin der Geschütze für Heer und Marine Deutschlands und hat für die Tochtergesellschaft in Sommerda das Monopol in der Munitionsherstellung. Diese Dinge haben auch den Ausschlag gegeben für das Eingreifen von Reichsbehörden. Die vor einigen Tagen beschlossene Zusammenlegung von 18 auf 6 und die Wiedererhöhung des Aktienkapitals auf 12 Mill. erfolgt unter Fernhaltung ausländischen Einflusses zugunsten des Reiches. Die Reichstreditgesellschaft ist die Uebernehmerin der 6 Millionen neuen Aktien. Der Gegenwart ist Rheinmetall in einem Kredit von 11 Millionen (schon bezahlt 3 Millionen) werden für Reichsaufträge angeordnet. Die Rombacher Hüttenwerke sind für die Sanierung auf sich selbst angewiesen. Sie müssen ebenfalls zusammenlegen; das Verhältnis (3:1 oder 2:1) steht noch nicht fest. Vordringlich sind die Kredite der Bankgläubiger bis zum 31. Oktober gestundet. Die Generalversammlung am 29. Januar wird über die Sanierung entscheiden.

Ob die deutsche Arbeiterschaft die Wirkungen der Kapitalumstellung in der Schwerindustrie Westdeutschlands bald zu spüren bekommen wird, ob bessere Beschäftigung bei auskömmlicheren Löhnen und bei menschenwürdigen sozialen Verhältnissen bald wiederkehren werden, das freilich ist eine Frage, die heute noch nicht beantwortet werden kann. Sicherlich wird es in jedem Falle geraume Zeit dauern, bis die Produktion sich wieder anstellt. Bei dem geringen Verständnis der deutschen Schwerindustrie für die Notwendigkeit niedriger Preise zum Vorteil der Verarbeitungsindustrien ist auch damit zu rechnen, daß der Überstand der Unternehmer gegen eine vernünftige Markt- und Abzäppolitik noch eine ganze Weile anhalten wird. Wenn nicht die staatliche Wirtschaftspolitik dazu beiträgt, das volkswirtschaftliche Verantwortungsgelühl der Unternehmer zu stärken, dann dürfte von der kapitalistischen Umstellung, die sich jetzt vollzieht, bis zur Befundung der Abzäppbedingungen noch ein weiter Weg sein.

### Zur Finanzlage der Reichsbahn.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft macht zusammenfassende Mitteilungen über die Entwicklungen ihrer Finanzlage in dem ersten Geschäftsjahr, das bekanntlich vom 1. Oktober 1924 bis zum 31. Dezember 1925 dauerte. An Reparationszahlungen einschließlich der Ausgleichsrücklage waren 512 Millionen aufzubringen. Im zweiten Geschäftsjahr werden es insgesamt 600 Millionen sein. Weiter wird in der erwähnten Zusammenstellung die Kostensteigerung sowohl für Personal, sowie für Sachausgaben geschildert. Die Kennziffer der Kapitalkosten ist während des Geschäftsjahres von 131 auf 159, also um 21 Proz. gestiegen. Für eine Reihe von Sachausgaben z. B. bei einzelnen Umbauten, bei Wagenteilen und Elektrotrommotoren ist die Kostensteigerung noch größer. Ueber die Art, wie die Mehrbelastung aufgebracht wird, läßt sich der Bericht folgendermaßen aus:

Die Mehrbelastung konnte im Geschäftsjahr 1925 dadurch abgedeckt werden, daß die Reichsbahn auf ihrer Ausgabe Seite eine vorläufige Wirtschaft führte. An Unterhaltungs- und Erneuerungsbauarbeiten wurde nur das Notwendigste gemacht, und die Neuanlagen wurden aufs äußerste eingeschränkt.

Außerdem sind eine große Reihe von Maßnahmen getroffen worden, die eine Verbesserung der Wirtschaft bedeuten. Es seien hier nur erwähnt:

- Berminderung des Kohlenverbrauchs (für 1000 Lokomotivkilometer 1919 19,74 Tonnen, jetzt 13,50 Tonnen).
- Berminderung des Ölverbrauchs (für 1000 Lokomotivkilometer 1919 26 Kilogramm, jetzt 18,2 Kilogramm).
- Wirtschaftliche Verbesserung der Personalverwendung (Personalstand 1919 1 122 000, jetzt 734 000).
- Berbetterung der Werkstättenwirtschaft.

Einführung der Abschreibung unter dem Reichsbahnbesitz (Ermöglichung von Gewinn- und Verlustrechnungen und Bilanzen für die Reichsbahndirektionen).

Auf der Einnahmeseite trat nur eine Erhöhung der Personentaxen im April und Mai 1925 ein, im ungefähren Ausmaß von 10 Proz. Auf dem Gebiete der Gütertaxen wurde eine große Reihe von Ausnahmetaxen eingeführt, die eine starke Erleichterung für die deutsche Volkswirtschaft bedeuteten. Wenn es trotzdem gelang, diese Mehrbelastungen in 1925 zu decken, so ist dies darauf zurückzuführen, daß der Verkehr sich im allgemeinen günstig entwickelt hat. Dies gilt vor allem für den Personenverkehr, der in der Reisezeit gute Ergebnisse abwarf.

Die Deckung aller dieser Lasten wird von dem Augenblick an außerordentlich schwer, in dem der Verkehr nachläßt. Wie bei allen Wirtschaftskrisen zeigt sich die Rückwirkung bei dem Umfang der Beförderungsleistungen nur langsam. Seit Anfang November aber spürt die Reichsbahn in steigendem Maße das Nachlassen der Personverkehr im Personen- und Güterverkehr. Im November und Dezember fehlte gegenüber den erwarteten Bruttoeinnahmen täglich ungefähr eine Million Reichsmark.

Die Reichsbahngesellschaft bezeichnet die Hoffnungen für eine weitere günstige Entwicklung als recht gering und sucht den vorstehenden Bericht dazu auszunutzen, daß sie gegen jede Steigerung der persönlichen oder sächlichen Ausgaben Einspruch erhebt. Dabei hat sie gerade in den von ihr angeführten Zahlen an drei Punkten gezeigt, wie eine Ersparung an Sachausgaben bei einer Verbesserung des Betriebes durchaus möglich ist. Wenn also der Bericht dazu dienen soll, die gerechtfertigten Lohnforderungen der Eisenbahner zu bekämpfen, so ist er mindestens nicht sonderlich konsequent.

### Wird die Ufa amerikanisiert?

Die kürzlich von der Ufa mit amerikanischen Filmkonzernen abgeschlossenen Darlehens- und Betriebsgemeinschaftsverträge haben in der Öffentlichkeit mancherlei Aufregung hervorgerufen. Es wurde nicht nur von der Amerikanisierung der Ufa, sondern auch von kulturellen Gefahren für den deutschen Film gesprochen. Die Deutsche Bank, der die Ufa annähernd 18 Millionen Mark schuldet, hat die Verträge und das amerikanische Darlehen von 16,5 Millionen Mark vermittelt. Außerdem hat sie kürzlich den Direktor ihrer Stuttgarter Filiale, Dr. Bausbach, zum Generaldirektor der Ufa gemacht. Zur Beruhigung der Öffentlichkeit sand gestern eine Information der Presse statt.

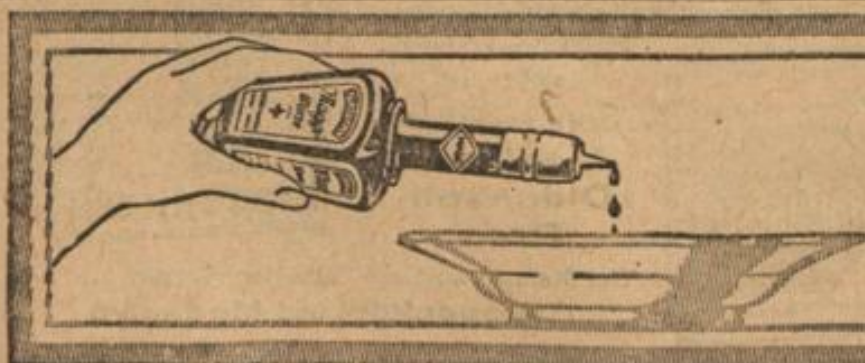
Man versuchte zu beweisen, daß keine Amerikanisierung der Ufa und keine Gefährdung des deutschen Films vorliege. Der innere Aufbau der gemeinsamen neuen Betriebsgemeinschaft zeigt das. In diese Betriebsgemeinschaft, eine G. m. b. H., gehen nämlich nach den Verträgen 20 amerikanische Famous-Player-Filme, 20 amerikanische Metro-Filme und 20 deutsche Ufa-Filme ein. Deren Vertrieb ist der Gegenstand der G. m. b. H. Die Leitung sei aber portäglich: zwei Amerikaner und zwei Deutsche. Dazu gingen die Gewinne der Gesellschaft zur Hälfte. Die Amerikaner mühten 80 Filme zur freien Auswahl stellen. Außerdem habe die Ufa das Recht, 10 Ufa-Filme nach Amerika zu liefern. Zudem sei darüber hinaus die deutsche Konkurrenz in Amerika unbeschränkt; für das „neutrale“ Ausland seien Vereinbarungen zur Erinnerung der gegenseitigen Konkurrenz beabsichtigt. Für die gemeinsame Produktion seien zunächst zwei Filme vorgesehen. Die 10 deutschen Filme würden in Amerika mit seinen 18 000 Theatern und je 6000 Einwohnern auf ein Theater vor mehr Menschen gespielt als die 40 amerikanischen Filme in Deutschland mit seinen 3000 Theatern und je 20 000 Menschen auf ein Theater. So liege weder eine Amerikanisierungsgefahr für die Ufa, noch eine kulturelle Gefahr für den deutschen Film vor. Im Gegenteil seien die Verträge ein ganz ungeheurer Fortschritt. Die Verträge brächten auch einen größeren finanziellen Gewinn. Abgesehen von dem Darlehen von 16,5 Mill. M., die die Ufa von den Amerikanern erhält, hätte man in der Zukunft keinen Kapitalaufwand für ausländische Filme mehr. Die Amerikaner hätten die Wahl gehabt, entweder wie in Frankreich ihre Herrschaft durch schwere Opfer zu erkämpfen oder ohne Opfer mit der Ufa in Deutschland einen Vertrag zu machen, der der Ufa genügend Bewegungsfreiheit läßt. Es sei keineswegs beabsichtigt, die zukünftige Produktion mit neuen amerikanischen Krediten zu finanzieren.

Was nun hinter diesen Ausführungen steht, hat die Deutsche Bank durch ihren Generaldirektor dankenswerterweise selbst gesagt. Die neue Leitung soll danach von nun ab mehr von wirtschaftlichen als von künstlerischen und künstlerischen Gesichtspunkten beherrscht sein. Nach Meinung Eingeweihter ist es sicher, daß die deutsche Filmindustrie unter den Absichten der neuen Leitung leiden wird. Da man die Theater und die Kasseneinnahmen hat, braucht man sich um die Produktion die Kopie nicht allzusehr zu zerbrechen. Dr. Bausbach bezeichnete es ja als Gewinn, daß man keinen Kapitalaufwand für amerikanische Filme mehr haben werde; aus den Kasseneinnahmen allein läßt sich die bisherige Filmproduktion in Deutschland aber unmöglich aufrechterhalten, geschweige denn eine verstärkte Konkurrenz im Inland und Ausland führen.

Man wird deshalb kaum erwarten dürfen, daß die neue Leitung der Ufa der deutschen Filmproduktion förderlich sein wird. Das ist eine um so ernstere Tatsache, als an der Filmproduktion nicht nur die Stars, sondern auch Tausende von Arbeitern und Angestellten ein Lebensinteresse haben.

Millionenumfänge großer Konsumvereine. Die Steigerung der Warenumsätze der Konsumgenossenschaften drückt sich in besonders hohen Zahlen der Monatsumsätze einiger größerer Genossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine aus. So berichtet vorläufig die Hamburger „Produktion“ über einen Warenumsatz im Monat Dezember 1925 in Höhe von 4 752 662 M. Der Konsumverein „Vorwärts“-Dresden verzeichnete einen Monatsumsatz im Dezember von 3 326 825 M. Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend zählte 3 111 570 M. Umsatz im Dezember. Der Konsumverein „Eintracht“-Essen erzielte im gleichen Monat einen Umsatz von 2 235 977 M. Auf mehr als 2 Millionen Mark Umsatz brachte es auch die Konsumgenossenschaft „Vorwärts“-Barmen, nämlich auf 2 046 150 M. Damit ist die Zahl der Vereine mit mehreren Millionen Mark Umsatz im Monat aber noch nicht ganz erschöpft. Reichlicher ist die Zahl der Konsumgenossenschaften, die 1 Million Mark und mehr im Monat Dezember a. J. erreicht haben. Die wirtschaftliche Bedeutung der Konsumvereine drückt sich unseugbar in den hohen Umsatzzahlen aus.

Gemeinden als Mitglieder von Konsumvereinen. Nach einer Feststellung des Verbandes Thüringer Konsumvereine haben bei 36 Thüringer Konsumgenossenschaften insgesamt 47 Gemeinden und Behörden die Mitgliedschaft erworben. — Eine Anzahl Behörden haben auch die Mitgliedschaft beim Konsumverein für Lübeck erworben. — In ihrer letzten Sitzung beschloß die Behörde für Heilanstalten mit einem Jahresbesetzungsset von 1 Million Mark die Erwerbung der Mitgliedschaft.



Ein wertvolles Küchenhilfsmittel, das der Hausfrau viel Arbeit spart, ist MAGGI Würze. Wenige Tropfen — beim Anrichten zugesetzt — geben faden Suppen, schwacher Fleischbrühe, Salaten, Soßen und Gemüsen augenblicklich kräftigen Wohlgeschmack. Am vorteilhaftesten kauft man eine Originalflasche Nr. 6 (mit Plombenverschluß) und füllt nach Bedarf aus der großen in die kleine MAGGI-Flasche ab.



## Sie geht zur Oper.

Von Karl Eitlinger, München.

Ich war damals Intendant des Xer Stadttheaters. (Nicht wahr, da staunt der Leser. Ich auch.) Wir hatten eine entzückende Operettendiva Mizzi Pellerini, der Liebling des Publikums. Schön, wie man sich als Sekundanter das Weib seiner Träume vorstellt, lustig wie ein Spatz, temperamentvoll wie — aber das ist ihre Privatseite. Singen konnte sie nicht; wozu auch?

Ich saß in meinem Bureau und dachte gerade darüber nach, weshalb die Theaterdirektoren dem Erfinder des Freiloketts noch kein Denkmal errichtet haben, da stürmt die Pellerini herein. Sie sah zum Küssen aus, und das tat ich auch.

„Intendanten!“, zwitscherte sie, „wasst wos ich hab? A Idee hob I! A graufortige Idee! Do werst spitz!“

Für den Kenner des Wiener Dialekts bemerke ich, daß das wienerisch ist. Nicht das Wienerisch, das man in Wien spricht, sondern das die Pellerini sprach. Eigentlich war sie in einem schlesischen Nest geboren, aber da sie doch dem Gewerbe des Operettendivens fröhnte, hielt sie sich für verpflichtet, zu weanern. Der Mensch will immer, was er nicht kann.

„So? —“ sagte ich. „Eine Idee hast du? Und ist es unumgänglich notwendig, daß ich an diesem unerfreulichen Ereignis teilnehme?“

„Red net so geschwoh'n, Intendanten! Käml, woast, alle Volt sogn, i hob so a schöne Stimm! So a Stimm als wia dös meinige wird überhaupt nur alle 500 Jahr geburn!“

„Hoffen wir's!“

„Geh, sei stad! Wos verhößt dann du? Wannst wos verhößt, wäst net Intendant! Reull, do hot mei Freund, der Gustl, im „Anzeiger“ geschrieb'n: „Es ist ein Jammer, daß wir diese herrliche Stimme nicht einmal in einer seriösen Aufgabe zu hören bekommen!“ Is a fecher Bub, der Gustl! Und so a liabs Gschau hot er! Kaane solchene Kalbsäugerin als wia du, Intendanten! Is ja aa wahr; muh unferans seine herrliche Stimm an lauter so bloßs Zeit verschwend'n — is eh aane Operett wia dös andere —, dös wachst an zum Hals heraus — also daß du's waast: i geh zur Oper!“

„Hört! Hört!“

„Heert, heert!“ Aßte sie mir nach. „Is dös die ganze Begeisterung? Du bist ja no damischer als wia i glaubt hob! Meiner Söl! Aber was i sog, des sog I! I geh zur Oper! I sing die Laura!“

„Wasche Laura, mein Kind?“

„No, halt die Laura im „Schauspiel“!“

„Die Dame heißt: Lisa. Demsterns gestern hieß sie noch so.“  
„Richtig, Lisa haack's dös schone Jungfrau! Du, a Sensation würd dös! I hob mir schon a Gwand mach'n lass'n, waacht, also nodert bis daher! Der wird a Freud ham, der Lohegrin! Pah auf, den kann i fragen, wos i mag; der geht nimma furt! Also Gspäß beißt: darf i b' Laura singen?“

„Jawohl, am Faschingsdienstag!“

Diese Bosheit verstand sie natürlich nicht. Sie strahlte, nannte mich sogar „an fechen Kerl“, dann aber verlor sie ins Grinsen.

„Du, Intendanten!“ — „Ja, mein Engel?“

„I muh no amal mit'n Kapöllmaacher red'n!“

„Das wird sich nicht vermeiden lassen!“

„Käml waacht, im zweiten Akt, da möcht i gern mit Einlog jüngen. Wos mei Freund is, der —“

— der Gustl —

„Aber naa, wer redt denn von dem Todian! Wos mei Freund is, der Mark, der schreibt so kaane, entzückende Biederl, und schau, dös aane, dös paßt für die Frau Lohegrin als wia bruch — dös sing i im 2. Akt!“

„Wan dos Vercherl singt und die Grille zirpt  
Und der Hans verliabt um dös Grelt wirbt,  
Und es zwickt di was, dann a Herzensdieb,  
Is dös net faa Floh, dös is die Vieb!“

„Is er net a talentvoller Bub, der Mark?“

„Am, seine Talente scheinen auf anderem Gebiet zu liegen!“

„Du, werd net frivoll! I bin a ernsthoite Künstlerin! Oder gschl's dir etwa net, dös Einlog, he?“

„Mir schon, aber ob sie dem Richard Wagner gefallen hätte?“

„Heer bloß mit dem Wagner auf, dem blöden Kerl! Hat der a Ahnung vom Dramatischen! Kaa Solonummer, kaa Langduett, und überhaupt der Lusttüt von dera Elsa! Wia a spinnete Großmutter kommt's daher! Kaa, Intendanten! — aber du verhößt ja eh niz dano!“ — also waacht: mei Freund, der —“

— der Mark —

„Vor faa Spur, sundern der Ferdl, der hat mir an Kufkrüt geschrieb'n — fech, sog i dir —, wo hob i glet dös Zetterl — do is:“

I bin dös Elsa von Brabant,  
Bei Jung und Alt als floit bekanni,  
Tua i am Scheide-Ufer gehn,  
Do bleim dös Letzte alle stehn,  
Rein schlanzes Bein und dös Figur,  
Dös kaane Fußert —

„Weiter hot er's no net gedichtet. Waacht, solchene Sachen dös wern immer erst bei der Hauptprobn firt! — Worum sogst dann gor niz?“

Ich wand mich in einer schweißlichen Lage. Einen Liebling des Publikums reizen, ist gefährlich. Hätte ich gesagt: „Du wirst die Elsa-Laura niemals singen, solange ich hier was zu sagen habe!“ dann wäre sie aus Bosheit heißer geworden, hätte mir drei Wochen hintereinander den Spielplan verpulst, und der Gustl oder der Fritz oder der Seppi hätte geschrieben, ich unterdrücke die Talente.

Hier hieß es Diplomat sein, oder vielmehr kein Diplomat sein, sondern schlau. „Also, Mizzi, ich darf das natürlich schon der Presse melden, daß du zum älteren Fach übergehst?“

„Was haackst dös, zum älteren Fach? Wieso zum älteren Fach?“

„Run, das wird dir doch schon aufgefallen sein, was die seriösen Sängerrinnen für alte Spinatwachteln sind? Hast du schon einmal eine feche Wagnerfängerin gesehen? Ich nicht! Die Wagnerischen Frauenrollen, die sind ja so schwer — unter 200 Pfund Lebensgewicht kann die überhaupt keine singen!“ — Sie sann nach. „I kenn wirkli kaane, dös wo a bissel fech wär!“ meinte sie bedeutend kleinlauter. „Wampel jans, wia dös Kispferl! Und brüßen tuan I, als ob I —“

„Wundert dich das? Weißt du nicht, daß die Oper jede Stimme ruinert? Sammerschod wör's um deine herrliche Stimme! Also den Schmelz, den du host, dieses Aroma —“ „Ja, dös sogt der Koff aa ollweil!“

## Geflügel, der Unabkömmliche.



Ich kapituliere weiter, die Herren Offiziere können mich nicht entbehren.“

— dieser Duft in deinem Organ, — aber selbstverständlich, ganz wie du willst — ich rede nicht ab, nicht zu — ich sage bloß: wenn ich eine solche gottbegnadete Stimme hätte, solch ein Naturwunder, wies überhaupt nur alle zweihundert Jahre . . . Sie kante an ihrem Borgnon. Dann stand sie auf: „I bin dir recht dankbar, Intendanten! Meiner Söl, du bist no dös aanzige anständige Rammsbild in dera ganz'n Stod! Schau, wannst net gar so graulich wärt, so a schiachlicher Deißl, pjellgrad tumt i mi in di verlabn! Dös ändern, dös hätten mi gloat in mei Unglück renna laß'n! Und überhaupt, dös saudumme Opernzeit, dös blöde, is ja eh aane Oper wia dös ander, — zum Hals wachst's aam raus, und . . . und . . .“

Sie ist nicht zur Oper gegangen. Sondern ein halbes Jahr später zum Film. Dort hin wies ihre Stimme sie eigentlich schon immer.

## Gesundheitsregeln.

Gesundheit an Körper und Geist ist das höchste Gut. Tue alles, was dieses kostbare Gut erhält und vermehrt, vermeide alles, was es schädigt oder mindert. Sei vernünftig!

Reinlichste Sauberkeit sei oberstes Gesetz der Gesunderhaltung. Spare nicht an Wasser und Seife! Wasche nicht nur die unbedeckten Teile des Körpers! Vor jedem Essen die Hände waschen! Keine schmutzigen Fingerringel! Halte auch deine Wohnung sauber! Vermeide unnütze Staubfänger. Laß Luft und Sonne herein! Schlafe, wenn möglich, bei offenem Fenster!

Mache deinen Körper kräftiger und widerstandsfähiger durch vernünftige betriebene Körperübungen! Zimmergymnastik ungefähr je fünf Minuten morgens und abends. Nimm teil an den Übungen sachgemäß geleiteter Organisationen, die das Ziel der Körperkräftigung erstreben. Wandern, Spiele, Turnen, Rudern, Baden, Schwimmen sind unvergleichliche Gesundheitspender.

Pflege die Zähne von frühesten Jugend an! Mütter, achtet auf das Gebiß eurer Kinder! Mundspülen, Zähneputzen abends und morgens, ja womöglich nach jeder Mahlzeit!

Gut gekaut, ist halb verdaut! Eine vernünftige Ernährung ist die Grundlage unseres Lebens und unserer Gesundheit. Redt viel Obst, Gemüse und Früchte! Salate, rohe Mohrrüben, Tomaten, Erdfrüchte und andere roh genießbare Nahrungsmittel, die lebenswichtige Ergänzungsstoffe (Vitamine) enthalten.

Hüte dich vor Geschlechtskrankheiten! Sie sind bei vernünftigem Handeln zu vermeiden. Laß dich warnen und belehren! Nur frühzeitige und sorgfältige ärztliche Behandlung kann Heilung bringen und vor schwerem Siechtum bewahren. Wer als Geschlechtskranker einen anderen in Ansteckungsgefahr bringt, macht sich strafbar.

Denk daran, daß die Tuberkulose eine ansteckende Krankheit ist! Ansteckungsquelle ist vornehmlich der hustende Lungenkranke (Tuberkelbazillen). Niemand anhusten! Nicht auf den Boden spucken! Auswurf unschädlich machen! Enge Wohnungen, Un-

sauberkeit, Unterernährung, Körperschwäche begünstigen die Erkrankung. Besonders gefährdet sind die kleinen Kinder. Manche hustenden alten Leute sind, ohne es zu wissen, ansteckend tuberkulös. Tragt die Tuberkulose-Fürsorgestellen um Rat!

Gestalte deinen Tageslauf gesundheitsgemäß! Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Schlaf für Erwachsene (für Kinder mehr) und acht Stunden ruhiger Erholung sind durchschnittlich das richtige Maß. Nicht die Nacht zum Tage machen!

## Die Vergangenheit des deutschen Waldes.

Infolge der Eiszeit ist bekanntlich fast die ganze höhere Pflanzenwelt in unseren Breiten vernichtet worden; erst nach dem Rückzug der Gletscher wuchs eine neue Pflanzenbede empor, in der der Wald eine wichtige Rolle spielte. Dieser Wald konnte nicht dieselbe Zusammensetzung haben wie der heutige Wald in Deutschland, der ja ganz von den forstwirtschaftlichen Methoden beherrscht wird. Wie sah nun aber der deutsche Wald in früheren Jahrtausenden aus? Diese Frage konnte erst in letzter Zeit befriedigend gelöst werden, und zwar mit Hilfe des Mikroskopes! In den einzelnen horizontalen Schichten unserer Moore findet man nämlich den Blütenstaub von Waldbäumen, der dort vor vielen Jahrtausenden in jedem Frühjahr abgelagert wurde. In den Mooren, wo infolge der Abwesenheit von Bakterien keine Zersetzung stattfindet, kann sich nun jener Blütenstaub lange Zeit hindurch unverändert erhalten. Da nun jede Baumart besonders geformten Blütenstaub erzeugt, kann man aus der Form der Staubkörner die Art des Baumes feststellen. So führten die Untersuchungen über die Zusammensetzung der Pollenablagerungen in den Mooren zu einer Kenntnis über die Zusammensetzung des Waldes. Die Ergebnisse solcher Untersuchungen, die an den verschiedensten Stellen durchgeführt wurden, stimmen im wesentlichen miteinander überein. Danach hat sich das Waldbild in den letzten erdgeologischen Zeiten außerordentlich stark verändert: Am Anfang herrschte eine Kiefernperiode, in der auch Hasei und Birke häufig vorkommen. Dann folgt eine Eichenmischwaldzeit, in der die Linde eine Häufigkeit erlangt, die wir heute nur aus den östlichen Ländern kennen. Die dritte große Periode ist die Tannenzeit, die schließlich von der Buchen-Fichten-Tannenzeit abgelöst wird. Diese letzte Periode ist dann durch die planmäßige Forstwirtschaft der letzten Jahrhunderte weitgehend verändert worden.

Diesem Waldwechsel läuft nun wahrscheinlich ein Klimawechsel parallel. Während der Kiefernzeit herrschte wohl ein kühles und trockenes Klima. Der Eichenwald dagegen ist der Ausdruck einer atlantischen — das heißt warmen, feuchten — Klimaperiode. Dann folgt wieder eine kalt-trockene Epoche (Tannen). Die jüngste Vergangenheit endlich war wieder eine feuchte (Buche-Fichte). Bestätigung erhalten diese Angaben durch Uebereinstimmung mit prähistorischen Forschungen. So fällt die erste Hälfte der jüngeren Steinzeit wahrscheinlich mit der ersten atlantischen Klimaphase zusammen. Die folgende Epoche, die boreal-kalte, umfaßt die Kultur-etappen der Pfahlbauten und der Hügelgrab-Bronzezeit. Mit dem Ende der Bronzezeit und der ganzen Hallstattzeit fällt wieder ein kühleres Klima zusammen. Der plötzliche Untergang der Pfahlbauten um die Mitte der Bronzezeit ist durch diese zweite atlantische Phase zu erklären, die zu großen Ueberschwemmungskatastrophen führte und an vielen Orten die blühende Pfahlbaukultur vernichtete!



